



Evangelische

Verantwortung

1. Parteitag der CDU Deutschlands

1.–2. Oktober 1990 · Hamburg

Im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinander gestalten

Helmut Kohl

Auf dem ersten Parteitag der CDU Deutschlands vom 1. 10.–2. 10. 1990 in Hamburg hielten der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, und der Vorsitzende der CDU in der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière, eine Rede, die wir hier in Auszügen veröffentlichen möchten.

... Ich bin sicher, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Überganges lösen können, auch wenn jeder weiß: Dies ist nicht einfach. Aber vergessen wir nicht: Wirtschaftliche und soziale Probleme sind nicht die einzigen Probleme, die sich uns jetzt stellen, und, so glaube ich, nicht einmal die schwierigsten. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben gerade im geistigen und kulturellen Leben verheerende Schäden hinterlassen, die noch lange nachwirken werden.

Deshalb geht es bei der Frage nach der Einigung Deutschlands, nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern eben nicht allein um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist auch und vor allem eine Frage nach der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes, und sie richtet sich an uns alle, an alle Deutschen.

Verantwortungsbewußter Umgang mit Freiheit

Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen – auch wenn wir Opfer bringen müssen? Das ist vor allem eine Frage an die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland. Nehmen wir die Verantwortung an, liebe Freunde, die uns jetzt mit der Wiedervereinigung zuwächst? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewußten Umgang mit Freiheit? Das sind jene Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen – übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen.

In der bisherigen DDR gilt es, überkommene sozialistische Strukturen aufzubrechen. Das heißt auch: Wir müssen im geistigen und kulturellen Leben die Trümmerstücke ideologischer Indoktrination beiseite räumen.

Ich denke an die Schulen, an die Hochschulen. Viele von denen, die dort der kommunistischen Partei und ihrer Ideologie dienten, sind auch heute noch in ihren Ämtern und auf ihren Posten – in Positionen, die sie in einer freiheitlichen Demokratie niemals erworben hätten.

Sollen wir wirklich glauben, daß alle willens sind, die heranwachsende Generation jetzt im Geist der Freiheit zu erziehen?



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Wir sind aufgerufen, die geistige Auseinandersetzung zu führen

Liebe Leser,

in diesen Tagen freuen wir uns über die wiedergewonnene Einheit Deutschlands. Menschen in der ganzen Welt teilen unsere Freude.

Gleichzeitig wird aber auch die Frage aufgeworfen, welche Aufgabe das vereinte Deutschland in der Völkergemeinschaft übernehmen wird.

Unsere Geschichte verpflichtet uns ja in ganz besonderer Weise. Wir haben deshalb unser zweites Deutschland-Forum „Ein Volk für den Frieden“ genannt.

In den Deutschland-Foren des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU werden Fragen und Probleme, die mit der Einigung Deutschlands zusammenhängen, behandelt. Ganz bewußt haben wir dabei die Thematik des Konziliaren Prozesses aufgegriffen. Wir haben Politiker und Theologen eingeladen, mit uns über Bedingungen für den weltweiten Frieden zu sprechen.

Zu unserem zweiten Deutschland-Forum am 27. Oktober 1990 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn lade ich Sie herzlich ein.

Peter Hintze



Evangelische

Verantwortung

1. Parteitag der CDU Deutschlands

1.-2. Oktober 1990 · Hamburg

Im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinander gestalten

Helmut Kohl

Auf dem ersten Parteitag der CDU Deutschlands vom 1. 10.–2. 10. 1990 in Hamburg hielten der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, und der Vorsitzende der CDU in der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière, eine Rede, die wir hier in Auszügen veröffentlichen möchten.

... Ich bin sicher, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Überganges lösen können, auch wenn jeder weiß: Dies ist nicht einfach. Aber vergessen wir nicht: Wirtschaftliche und soziale Probleme sind nicht die einzigen Probleme, die sich uns jetzt stellen, und, so glaube ich, nicht einmal die schwierigsten. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben gerade im geistigen und kulturellen Leben verheerende Schäden hinterlassen, die noch lange nachwirken werden.

Deshalb geht es bei der Frage nach der Einigung Deutschlands, nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern eben nicht allein um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist auch und vor allem eine Frage nach der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes, und sie richtet sich an uns alle, an alle Deutschen.

Verantwortungsbewußter Umgang mit Freiheit

Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen – auch wenn wir Opfer bringen müssen? Das ist vor allem eine Frage an die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland. Nehmen wir die Verantwortung an, liebe Freunde, die uns jetzt mit der Wiedervereinigung zuwächst? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewußten Umgang mit Freiheit? Das sind jene Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen – übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen.

In der bisherigen DDR gilt es, überkommene sozialistische Strukturen aufzubrechen. Das heißt auch: Wir müssen im geistigen und kulturellen Leben die Trümmerstücke ideologischer Indoktrination beiseite räumen.

Ich denke an die Schulen, an die Hochschulen. Viele von denen, die dort der kommunistischen Partei und ihrer Ideologie dienten, sind auch heute noch in ihren Ämtern und auf ihren Posten – in Positionen, die sie in einer freiheitlichen Demokratie niemals erworben hätten.

Sollen wir wirklich glauben, daß alle willens sind, die heranwachsende Generation jetzt im Geist der Freiheit zu erziehen?



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Wir sind aufgerufen, die geistige Auseinandersetzung zu führen

Liebe Leser,

in diesen Tagen freuen wir uns über die wiedergewonnene Einheit Deutschlands. Menschen in der ganzen Welt teilen unsere Freude.

Gleichzeitig wird aber auch die Frage aufgeworfen, welche Aufgabe das vereinte Deutschland in der Völkergemeinschaft übernehmen wird.

Unsere Geschichte verpflichtet uns ja in ganz besonderer Weise. Wir haben deshalb unser zweites Deutschland-Forum „Ein Volk für den Frieden“ genannt.

In den Deutschland-Foren des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU werden Fragen und Probleme, die mit der Einigung Deutschlands zusammenhängen, behandelt. Ganz bewußt haben wir dabei die Thematik des Konziliaren Prozesses aufgegriffen. Wir haben Politiker und Theologen eingeladen, mit uns über Bedingungen für den weltweiten Frieden zu sprechen.

Zu unserem zweiten Deutschland-Forum am 27. Oktober 1990 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn lade ich Sie herzlich ein.

Peter Hintze

Ich nenne den Bereich der Medien, von Kunst und Literatur. Können die ehemaligen Sprachrohre der Willkürherrschaft mit ihren Denkschablonen und Zensurbehörden wirklich glaubwürdige Botschafter von Meinungsvielfalt, von pluralistischer Vielfalt, von Freiheit und Toleranz sein?

Auf all diese Fragen – dies sage ich mit Bedacht – gibt es keine einfachen Antworten. Aber wir müssen die Dimension des Problems erkennen: Überall müssen noch alte Strukturen überwunden werden. Wir sind aufgerufen, diese geistige Auseinandersetzung zu führen.

Es wäre fatal, liebe Freunde – das ist ein Aufruf an die Christlichen Demokraten –, wenn der Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ein geistiges und moralisches Vakuum hinterließe, in das eines Tages andere radikale Heilslehren hineinstoßen könnten. Es gilt jetzt, geistigen Halt zu geben, Orientierung zu vermitteln. Wir müssen dies insbesondere tun, um den Sinn für den unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu schärfen.

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für alle, auch für alle gesellschaftlichen Kräfte und nicht zuletzt für die Kirchen. So gab es vor und während der friedlichen Revolution gerade in Kreisen der Kirchen Kristallisationspunkte des friedlichen Widerstandes. Aber auch alle anderen sind heute gefordert, natürlich auch wir, die demokratischen Parteien.

Und auch hier sage ich wieder: Wir, die Christlich Demokratische Union, bringen dafür alle Voraussetzungen mit. Wir verfügen über einen zuverlässigen Kompaß: unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht, im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinander zu gestalten.

Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch, und jeder von uns weiß, daß auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Aber es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem

sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Volkspartei zusammenfinden können. Auf diesem Fundament treffen sich auch Christliche Demokraten aus Ost und West in gemeinsamen Überzeugungen.

Parteitagnotizen

„Mit der Vereinigung der CDU kommt auch die Verjüngung“, faßt ein junger Delegierter des CDU-Parteitages die Wahlergebnisse zum CDU-Bundesvorstand zusammen. Mit der Wahl von Marion Walsmann (27), dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union (JU), Hermann Gröhe (29), und dem 34jährigen Ulrich Junghans gehören dem Parteivorstand der Christdemokraten drei gewählte Mitglieder unter 35 Jahren an.

Das Bekenntnis zum „C“ ist für unsere Partei eine Quelle der Kraft, die wir heute mehr denn je brauchen und nutzen müssen. Nicht zuletzt aus ihr kann uns die Fähigkeit erwachsen, zusammenzuführen, was allzu lange gewaltsam getrennt war.

Dies ist ein Merkmal unserer Partei, das sich im Namen widerspiegelt. Union – das heißt doch vor allem: zusammenfüh-



Der EAK-Stand wurde von Delegierten und Politikern besucht.

ren, ausgleichen. Wir haben unsere Partei stets ganz bewußt als Union der verschiedenen Landschaften, Konfessionen und Berufe verstanden, als Union aus allen Schichten unseres Volkes; eine politische Gemeinschaft mit der Aufgabe, Interessenge-

gensätze zu überwinden und in gemeinsamen Standpunkten zusammenzubringen.

Kraft zur Integration

Das hat uns auch immer wieder in die Lage versetzt, zu wichtigen Streitfragen Lösungen zu finden, die dann auf breite Zustimmung stießen. Es ist wahr: Dies gibt nicht immer ein imponierendes Bild in der Öffentlichkeit ab. Aber wenn wir – oft



Peter Hintze, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, wurde auf dem ersten Parteitag der CDU Deutschlands in den neuen gesamtdeutschen CDU-Bundesvorstand gewählt.

jetzt vor allem gefragt. Dabei ist wichtig, daß wir uns ungeachtet verschiedener Erfahrungen und Lebenssituationen – jeder konnte das heute in diesen Stunden der Einigung spüren – als Gemeinschaft verstehen. Wir sind und bleiben die große deutsche Volkspartei der Mitte. Wir bieten allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Chance auf politische Heimat.

Unser Standort ist und bleibt die Mitte, die breite Mitte unseres Volkes. Dies macht unsere Stärke aus. Deswegen stellt sich für mich nicht die Frage, ob sich die Partei nach links oder nach rechts bewegen müsse. Es gab im Versuchungen, aus Gründen der Tagesopportunität und aus anderen Motiven inkonsequent zu werden. Wir sind gelegentlich diesen Versuchungen auch erlegen. Aber wir müssen ihnen widerstehen, wenn wir uns nicht untreu werden wollen. Volkspartei der Mitte zu sein – das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Glaubwürdigkeit. Wir machen nicht Politik für die einen und gegen andere. Und niemand – dies sage ich deutlich – hat in unserer Union einen Monopolanspruch auf Wirtschaftskompetenz und auf soziales Gewissen. Wir alle wollen dem Wohl des Ganzen dienen.

Ich wünsche mir, daß wir uns – innerhalb und außerhalb unserer Partei – in Zukunft nicht mehr als Ost- und Westdeutsche, als ehemalige DDR- und als Bundesbürger verstehen, sondern als Deutsche, als Landsleute, die zusammenstehen und in einem vereinten Europa den anderen gute Nachbarn und Partner sind . . .

Politik der Hilfe

. . . Liebe Freunde, wir wissen: Frieden ist letztlich immer das Werk der Gerechtigkeit. Nur dort, wo die Würde der Menschen geachtet wird, wo Freiheit sich entfalten kann, ist der Frieden wirklich sicher. Deshalb dürfen wir niemals in unserem Kampf für Menschen-

Diese Kraft zur Integration – von vielen mißverstanden, für die Demokratie existentiell – ist

rechte und Selbstbestimmung nachlassen. Deshalb müssen wir auch in Zukunft eine Politik der Hilfe, eine Entwicklungspolitik fortsetzen, die den Ärmsten und Schwächsten tatkräftig zur Seite steht.

Zur Würde des Menschen gehört ein Leben „frei von Furcht und Not“. So ist es in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen formuliert.

Die Armut in den Ländern der Dritten Welt, Hunger, Katastrophen, Elend und Krankheit – sie können uns nicht gleichgültig lassen. Christliche Verantwortung ist Verantwortung für den Nächsten. Den Menschen zu helfen ist ein Teil unseres Selbstverständnisses als Christen und Demokraten. Deshalb werden auch die Entwicklungen in Deutschland und Europa – so sehr sie uns, auch in unserem Herzen, bewegen – unseren Blick auf keinen Fall von den dramatischen Entwicklungen in der Dritten Welt ablenken. Wir tragen ein hohes Maß an Verantwortung für diese Länder. Dies betrifft die Menschen übrigens ebenso wie den Schutz der Natur, etwa die Bewahrung des Weltklimas. Wir werden dieser Verantwortung nur gerecht wer-

den können, wenn wir jene, die dort etwas tun können, solidarisch unterstützen. Dazu gehört auch – ich sage dies angesichts der großen Probleme, die wir bei der GATT-Runde Ende dieses Jahres lösen müssen mit Bedacht –, daß wir die Märkte der reichen Industrienationen für die Produkte aus der Dritten Welt offenhalten.

Die Völker in Nord und Süd, in Ost und West sind heute mehr denn je aufeinander angewiesen. Das Ozonloch über der Antarktis, die Vernichtung der tropischen Regenwälder betreffen die Menschen in Amerika genauso wie die Menschen in Europa, betreffen Städte in den USA genauso wie uns heute hier in Hamburg.

Vor diesem Hintergrund haben wir auf dem vergangenen Weltwirtschaftsgipfel – zuerst beim Gipfel von Toronto – 1988 – auf meinen Antrag hin beschlossen, das Thema Umweltschutz mit der Schuldenfrage zu verknüpfen. Wir wollen z. B. Schuldenerlasse für Länder der Dritten Welt auch davon abhängig machen, daß frei werdende Mittel möglichst für konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt eingesetzt werden. Wir

werden auf diesem Wege noch entscheidene Fortschritte machen müssen.

Versöhnung von Ökologie und Ökonomie

Die Schöpfung bewahren – auch das gehört zum Auftrag, ja auch zur Vision für die Zukunft. Wir Christlichen Demokraten wollen für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird. Aus diesem Geist heraus haben wir in den letzten Jahren eine Umweltpolitik zu gestalten versucht, die in vielen Bereichen Pilotfunktion in Europa hat. Wir setzen dabei – im Gegensatz zu anderen – auf die **Versöhnung von Ökologie und Ökonomie**. Bei der Überwindung der ökologischen Katastrophe, die der Sozialismus hinterlassen hat, wird erneut deutlich, daß Umweltprobleme, auch bei uns in Deutschland, immer noch am besten in einer Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können.

Wir stehen vor großen Aufgaben, vor ungewöhnlichen Herausforderungen, auch vor Chancen, von denen vor kurzem noch niemand zu träumen gewagt

hätte. Auf dem Weg in die Zukunft öffnen sich uns – und vor allem auch der jungen Generation – neue Horizonte. Dabei sind für uns – und auch dies ist eine Erfahrung nach über 40 Jahren im geteilten Deutschland – christliche Verantwortung und christliches Menschenbild unverzichtbare Wegweiser. Aus dieser Verantwortung arbeiten wir für das solidarische Miteinander von Menschen und von Völkern. Auf unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung beruht unser Engagement für Umwelt, und im christlichen Menschenbild sind jene Ideale begründet, die Europa geistig vereinen – von Lissabon bis Leningrad, von Dublin bis Krakau, Prag und Kiew.

Auf uns, die Christlichen Demokraten, richten die Menschen in ganz Deutschland ihre Blicke. Dies gilt vor allem auch für die Menschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wer wie ich Tag für Tag in dieser Zeit im Wahlkampf unterwegs ist, spürt ihre Hoffnungen. Ich will alles tun, was ich tun kann, um sie nicht zu enttäuschen. Ich bitte Sie aber: Wir müssen alles tun, damit wir sie nicht enttäuschen...

Aufbruch mit großen Hoffnungen – Fragen der Jugend beantworten

Lothar de Maizière

In den Anfängen der Zusammenarbeit unserer Parteien – damals Partei, „en“ – im Herbst 1989 wurden viele kritische Fragen gestellt, und es wurde auch aus Unkenntnis vorschnell manches Pauschalurteil gefällt. Die Ereignisse des vergangenen Herbstes haben dennoch viele Zeichen dafür gesetzt, in neuer Weise aufeinander zuzugehen. Die Erneuerung der CDU der DDR kam vor allem von der Basis. Ihr ist es zu verdanken, daß diese Erneuerung grundlegend und die Rückbesinnung auf die Wurzeln konsequent stattfand.

In der CDU der DDR wurde unter der äußeren Schale der Anpassung auch Gemeinschaft von Christen praktiziert und erlebt, die aus ihrem Glauben heraus zur Verantwortung in der Gesellschaft bereit waren. Wer die Politik in der DDR nicht nur der SED überlassen wollte, sondern sich vorgenommen hatte, auch andere politische Ansätze ins Spiel zu bringen, der konnte dies nur in der CDU oder in anderen Parteien tun.

Die Mitarbeit dort war die einzige Alternative zur SED,

wenn man sich aus Resignation nicht ganz aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wollte. Die CDU der DDR war gespalten. Sie war geteilt in eine korrupte SED-hörige Führung und in eine an der Basis arbeitende, aber wenig wirksame Partei. Ich möchte dennoch daran erinnern, daß in dieser Zeit die Mitarbeit in der CDU immer unter der Gefahr stand, Repressionen, Verdächtigung oder gar Verfolgung ausgesetzt zu sein.

Sicher kann niemand ausschließen, daß sich manche der

CDU aus opportunistischer Erwägung angeschlossen haben. Andere wurden Mitglied, weil sie anders dem Druck der SED nicht standhalten konnten. Sie haben sich alle unter dem Dach des C zusammengefunden, das eine Nische der sozialistischen Gesellschaft bot. Viele Mitglieder haben diese Situation auch als Gewissensnot erlebt und erlitten. Im Herbst 1989 waren es die Gedanken des konziliaren Prozesses, die auch die Neuorientierung der CDU in der DDR bestimmten und die mit den Worten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kurz umschrieben sind.

Erst dieser konziliare Prozeß ermöglichte es, den Kirchen den Gedanken der Gewaltfreiheit als urchristlichen Gedanken nahe zu bringen. Dieser Gedanke war es, der die friedliche Revo-

lution ermöglicht hat. Viele Menschen, die sich an dieser friedlichen Revolution beteiligt haben, hatten das Gefühl: Wir stehen in Gottes Hand; wir hätten es alleine nicht geschafft.

Durch Zusammenwachsen neue Kräfte entwickeln

Seit dem Herbst 1989 haben viele junge Menschen in der DDR den Weg zur CDU in der DDR gefunden, vor allem Menschen mit großer Bereitschaft zum Engagement. Vielleicht war es gerade der ethische Anspruch des C, der sie zu dieser Entscheidung veranlaßt hat. Das C in unserem Namen ist aber kein Werbeposter. Für uns ist das Christliche eine große Herausforderung. **Das C muß unser gemeinsames Zukunftsprogramm sein.**

Ein gerechtes Urteil über die CDU in der DDR wird nur der fällen können, der die Zwänge einer Diktatur berücksichtigt und ihre Mittel und Möglichkeiten der Unterdrückung Andersdenkender richtig einzuschätzen weiß.

Jede Partei muß über ihre Vergangenheit nachdenken. Wenn die SPD von der „Blockflöte“ CDU spricht, dann ist das der hinterhältige und untaugliche Versuch, von den Schallmeienklängen abzulenken, mit denen führende SPD-Funktionäre über Jahre hinweg der SED-Spitze gehuldigt haben.

Und wenn die SPD in der vergangenen Woche auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin die CDU (Ost) abschätzig eine Blockpartei genannt hat, dann will sie damit ihre eigene Vergangenheit verschleiern. Denn bei der Gründung der SED hat die SPD den Hauptteil des Parteivolks gestellt. Sie war der größte Block innerhalb der SED.

Es empfiehlt sich eben nicht, selbst im Glashaus sitzend, mit Steinen zu werfen.

Für die CDU in Ost und West ist heute ein großer Tag. Wir beschließen die Vereinigung der beiden Parteien – es ist geschehen – zu der großen CDU, die auch in Zukunft die entscheidende politische Kraft in Deutschland bleiben muß.

Die CDU der DDR bringt sich in diesem Vereinigungsprozeß nicht alleine ein. Sie kommt auch mit den Mitgliedern der Demokratischen Bauernpartei und des Demokratischen Aufbruchs, die wir hier herzlich willkommen heißen.

Die vereinte Volkspartei CDU gewinnt durch dieses Zusammenwachsen die neuen Kräfte, die sie braucht, um die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

Manche meinen, durch das Zusammenwachsen entstünde eine andere CDU. Ich glaube, ich kann diese Bedenken zerstreuen. Die Partei wird nicht anders. Sie wird stärker. Ich sehe außerdem einen Zugewinn darin, daß wir von der Ost-CDU nach 40 Jahren Diktaturerfahrung eine große Demokratiebegeisterung mitbringen.



»Wir freuen uns auf die Einheit. Wir haben lange darauf gewartet. Sie fordert von uns allen große Anstrengungen. Wir nehmen sie aber gern auf uns in dem Geist des Berliner Gründungsaufbruchs der CDU von 1945:

„Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“ «

Den kritischen Fragen der Jugend nicht ausweichen

Die CDU wird nur dann die Probleme bewältigen und in der Zukunft erfolgreich sein können, wenn es ihr gelingt, die Fragen zu beantworten, die insbesondere die Jugend stellt.

Wer in die Gesichter der Demonstranten des letzten Herbstes gesehen hat, dem wird aufgefallen sein, wie viele junge Leute darunter waren. Sie waren nicht mehr bereit, die erstarrten Strukturen, die ihnen keine Zukunftsperspektiven eröffneten, zu ertragen. Sie wollten den „Mief des Sozialismus“ abschütteln.

Ihre Sehnsucht war stärker als die Angst vor den Nachstellungen des Systems. Diese jungen Leute sind auf die Straße gegangen, um für ihre Zukunft zu kämpfen. Es war ein Aufbruch mit großen Hoffnungen. Wenn es uns nicht gelingt, ihre Hoffnungen einzulösen, dann werden sie enttäuscht in andere Lager abwandern. Wir müssen bereit sein, uns ihren kritischen Fragen zu stellen, und wir müssen gleichzeitig der Versuchung widerstehen, auf jede Frage sofort eine Patentantwort bereitzuhalten.

Der geistliche Auftrag der Kirche und seine politischen Auswirkungen

Werner Leich

Im Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten hat sich der Eindruck verstärkt: Ein modernes Staatswesen kann nur mühsam durch Männer und Frauen regiert werden, die zwar klug, integer und einsatzbereit, für ihre Aufgabe aber nicht vorgebildet sind. So hat ein Bundesminister in einem Interview mit der Eisenacher Tagespost auch einen deutlichen Rat gegeben. Die Pastoren im Kabinett de Maizière sollten auf die Kanzel zurückkehren.

Der Pfarrer gehört auf die Kanzel und nicht in die Politik – das ist eine weit verbreitete Meinung. Auch ich teile sie. Ich befürchte nur, daß sich unter der breiten Decke der Übereinstimmung äußerst unterschiedliche Haltungen verbergen. Deshalb will ich eine Präzisierung vortragen.

Dazu lege ich zwei Thesen mit Erläuterungen vor.

1. Der geistliche Auftrag der Kirche ist um seiner selbst, nicht um seiner politischen Auswirkungen willen gegeben. Diese

werden vergehen, die geistlichen Auswirkungen werden bleiben.

Angesichts der jüngsten Geschichte der evangelischen Kirchen in der DDR mag diese These Erstaunen auslösen. Unsere Landeskirchen waren intensiv mit der friedlichen Revolution in der DDR verbunden und haben sie vorangetragen. Ganz gewiß haben die Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen einen wichtigen Anteil wahrgenommen. Aber die Aussage ist übertrieben, sie hätten

die Wende erst ermöglicht. Die Friedensgebete in den Kirchen unseres Landes haben über 10 Jahre mit vorbereitet, was 1989 zur Wirkung kommen konnte.

Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ließen die friedliche Revolution von den Schwerpunkten wie Leipzig, Berlin, Magdeburg und Jena, in alle Städte und Dörfer unseres Landes gelangen. Unsere Gotteshäuser erfüllten die unersetzbare Aufgabe der Sammlung einer Volksbewegung in den Wochen vor und nach der Wende.

Wie kann angesichts dieser Geschichte meine erste These bestehen?

Der geistliche Auftrag der Kirche ist um seiner selbst willen gegeben; denn er ist von Gott

gegeben. Er erhält die Welt auf ein Ziel hin und schenkt uns das tägliche Leben daraufhin.

Das Ziel Gottes ist nicht austauschbar mit dem, was wir als politisch notwendig und erstrebenswert für unsere Lebensgestaltung ansehen. Gottes Ziel ist die Erfüllung alles Lebens in seinem Reich. Bevor es über die ganze Schöpfung aus dem verborgenen an den Tag tritt, soll allen Menschen die Liebe Gottes verkündet werden.

Eine einzige Frage wird über unser Leben entscheiden: Hast du das große Angebot Gottes in seinem Sohn und in der Kraft des Heiligen Geistes angenommen? Deshalb darf die Kirche nicht den Eindruck erwecken, die Verkündigung der frohen

Botschaft sei nur das Mittel zum Zweck der Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse in unserer Zeit. Ginge sie diesen Weg, dann würde sie die entscheidende Frage Gottes an jeden Einzelnen verdunkeln. Darum ist festzuhalten: Der geistliche Auftrag der Kirche ist um seiner selbst, nicht um seiner politischen Auswirkungen willen gegeben.

2. Meine erste Behauptung schließt dies nicht aus: Der geistliche Auftrag der Kirche – um seiner selbst willen ausgeführt – hat weitreichende politische Auswirkungen. Deshalb behaupte ich gegen das mögliche Mißverständnis einer völligen Trennung von Kirche und Politik zum zweiten:

Das Maß der Eindeutigkeit, mit der sich die Kirche auf ihren geistlichen Auftrag konzentriert, hat einen unmittelbaren Einfluß auf das seiner politischen Auswirkungen.

Einfluß der Tiefenströmungen

Jeder, der als Schwimmer oder Seefahrer einigermaßen mit dem Meer vertraut ist, kennt den Einfluß der Tiefenströmungen. An der Oberfläche nicht sichtbar, können sie über Leben und Tod entscheiden. So gibt es auch im Leben eines Volkes heftig diskutierte politische Streitfragen und Entscheidungen an der Oberfläche seines Daseins. Einige erkennen den Einfluß der Tiefenströmungen – das ist die in einem Volk vorhandene geistige Substanz. Sie baut sich häufig aus religiösen – als Christ spreche ich von „geistlichen“ – Vorgängen auf. Deutlich ist, daß der Staat selbst, wenn er nicht zu einem totalitären verkommen will, keine Möglichkeit hat, eigenständig die geistige Substanz in einem Volk aufzubauen. Er ist abhängig von dem Wirken der Kirchen, philosophischer Bewegungen und der Literatur und Kunst im weitesten Sinne des Wortes.

Die Kirchen haben durch ihr geistliches Leben den weitaus höchsten Anteil am Aufbau geistiger Substanz in unserem Volk. Ein Beispiel dafür, wie Tiefenströmung plötzlich die Bewegung an der politischen Oberfläche beeinflussen kann, können die Friedensgebete des zweiten Halbjahres 1989 in der DDR sein.

Die acht Mitgliedskirchen des Kirchenbundes der Evangelischen Kirchen:

- Anhalt** (136 000 Mitgl.)
Präsident: **Eberhard Natho**
- Berlin-Brandenburg (Ost)** (875 000 Mitgl.)
Bischof: **Gottfried Forck**
- Görlitz** (94 000 Mitgl.)
Bischof: **Joachim Rogge**
- Kirchenprovinz Sachsen** (706 000 Mitgl.)
Bischof: **Christoph Demke**
- Land Sachsen** (1 659 000 Mitgl.)
Bischof: **Johannes Hempel**
- Mecklenburg** (496 000 Mitgl.)
Bischof: **Gerald Stier**
- Pommersche Evangelische Kirche** (305 000 Mitgl.)
Bischof: **Eduard Berger**
- Thüringen** (833 000 Mitgl.)
Bischof: **Werner Leich**

Ich nenne drei andere Beispiele: Die Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen hat ihre Wurzeln im geistlichen Auftrag der Kirchen. Sie war ein wesentliches Protestpotential gegen die von der SED beherrschte DDR. Der Glaube, daß Gott den Menschen zu seinem Ebenbild geschaffen und den Aufstand des Menschen gegen den Schöpfer im Kreuzestod seines Sohnes gesühnt hat, begründet die Würde jedes einzelnen Menschen. Sie ist außerhalb aller menschlichen Möglichkeiten gegründet. Darum ist sie unantastbar und unverletzbar. Der Mensch kann sie dem Menschen nicht absprechen, auch nicht dem Schwerstverbrecher.

Ahnen wir, welche für das Leben eines Volkes unschätzbar wertvolle Grundströmung und geistige Substanz damit gegeben ist? Sie hat die Kraft, immer wieder gegen die totale Verfügung des Menschen über den Menschen aufzustehen. Sie ist die Quelle aller Freiheit und der Achtung vor der Würde des Menschen.

Das andere Beispiel: Auch die Ehrfurcht vor dem Leben hat ihre Wurzeln in dem geistlichen Auftrag der Kirchen. Der Glaube, daß Gott allein Leben schafft und erhält, daß er den Menschen in der Bindung an den Kreuzestod und die Auferstehung seines Sohnes das ewige Leben schenkt, sieht das Leben jedes Menschen als Gabe Gottes. Das Ringen der Ärzte um

Menschen ohne Überlebenschancen, die Fürsorge der Gesellschaft für Schwerstbehinderte z. B. sind nur ableitbar aus der Ehrfurcht vor dem Leben als Gabe Gottes. Sie schließt auch das ungeborene Kind ein.

Ehrfurcht vor dem Leben

Die Kirche ist nicht kompetent, den naturwissenschaftlich-biologischen Streit zu entscheiden: Von welchem Zeitpunkt an ist das Leben im Mutterleib ein eigener Mensch? – Aber der Glaube der Kirche läßt darüber keinen Zweifel. Die Kirche bezeugt, daß Gott den einzelnen Menschen freundlich ansieht und sein Leben will, noch bevor er gezeugt ist. Das ist eine Seite der Lehre von Prädestination, der Erwählung durch Gott. Sie wird besonders eindringlich ausgesprochen im 139. Psalm. Dort heißt es: „Du hast meine Nieren bereitet, du hast mich gebildet im Mutterleibe. Ich danke dir dafür, daß ich wunderbar gemacht bin... Deine Augen sahen mich, als ich noch nicht bereit war, und alle Tage waren in dein Buch geschrieben, die noch werden sollten und von denen keiner da war.“

Ahnen wir, welche Gefahr für ein Volk eintritt, wenn die Ehrfurcht vor dem Leben eingeschränkt wird zugunsten einer teilweisen Verfügungsmöglichkeit des Menschen über die Gabe Gottes? Ich spreche an dieser Stelle nicht von den Möglichkeiten des gesetzlichen Schutzes ungeborener Kinder.

Ich weise darauf hin, daß diese Möglichkeiten an der Oberfläche des Lebens eines Volkes unmittelbar von der Kraft oder Schwäche der Tiefenströmung, der Ehrfurcht vor dem Leben, abhängen.

Langer Atem

Das dritte Beispiel ist besonders an der sogenannten Übergangszeit in der DDR abzulesen. Die Geduld, mit der ein Volk Schicksalsschläge überwindet und seinen Weg verfolgt, hat ihre Wurzeln in dem geistlichen Auftrag der Kirche. Der Glaube bezeugt die Auferstehung der Toten und das Leben im Reich Gottes. Über der Zukunft steht die Erfüllung. Diese Hoffnung hat ihren Grund in der Zusage Gottes, nicht in den Möglichkeiten der Menschen. Sie schenkt den langen Atem in den Wechselbädern der Geschichte. Welcher Schaden kann entstehen, wenn ein Volk von einem Tag in den anderen hineinlebt und sich in seinem Verhalten, z. B. in den Wahlen, vorwiegend von den Erfolgen oder Mißerfolgen der Gegenwart bestimmen läßt? Es ist dann nicht mehr fähig, ein großes Ziel auch durch Rückschläge hindurch zu verfolgen.

Wir beobachten die Anzeichen eines solchen schwankenden Geistes. Wir Bürger der noch bestehenden DDR sind von der Kurzatmigkeit bedroht. Weithin fehlt die Geduld, den wirtschaftlichen Aufstieg vorzubereiten. Was morgen erst sein kann, wird heute ungeduldig erwartet. Die Tiefenströmung des langen Atems und der Hoffnung ist schwach geworden.

Die Bürger der Bundesrepublik sehen in zunehmendem Maße die Nachteile, die ihnen aus der Vereinigung des gemeinsamen Vaterlandes erwachsen können. Der Atem scheint zu kurz zu werden, um die Möglichkeiten eines geeinten Deutschlands in einem geeinten Europa zu erkennen. Auch hier ist die Tiefenströmung der Geduld schwach geworden. Wir brauchen aber den langen Atem dringend. Er ist der Nährboden für ein mutiges Gestalten der Zukunft. Dies allein wird einmal das Maß sein, nach dem unsere Geschichte beurteilt werden wird.

Haben wir die besondere Möglichkeit, die uns die Geschichte der 90er Jahre eröffnet,

vertrauensvoll, mutig und opferbereit ergriffen oder haben wir uns als ein Volk gezeigt, das der geschichtlichen Stunde nicht gewachsen war? Dann wird die Ursache aufgedeckt werden. Die Menschen schätzen das persönliche Wohlergehen im Heute und die Parteien ihr politisches Kapital höher als die von allen gemeinsam zu meistende große Aufgabe. Ich spreche dies in der Hoffnung und in dem Vertrauen aus, daß wir vor dem Urteil der Geschichte bestehen werden.

Ich habe behauptet: Die geistige Substanz unseres Volkes ist weitgehend abhängig von der Art, wie die Kirche ihren geistlichen Auftrag wahrnimmt. Das bedeutet: Die Kirche muß sich fragen lassen, wie treu und einsatzbereit sie Gottes Gaben, sein Wort und seine Sakramente unter unserem Volk bezeugt und anbietet. Wie auch immer der Begriff der Volkskirche ausgelegt wird, darin hat er seine tiefste Wurzel!

Das Volk ist mittelbar von dem geistlichen Auftrag der Kir-

che abhängig. Er beeinflusst die Tiefenströmungen, die geistige Substanz des Volkes und damit alle weitreichenden Entscheidungen in seiner Geschichte.

Mit dieser Behauptung wird eine aktuelle Frage an der Wurzel gestellt. Ist es vertretbar, wenn Ordinierte aus dem Amt der Kirche in ein Staats- oder Parteiamt überwechseln? Es kann augenblicklich Notstände geben, die einen solchen vorübergehenden Wechsel rechtfertigen. Die Rechtfertigung stünde allerdings unter dem Vorbehalt, daß zuvor mit genügendem Nachdruck unter den Gemeindemitgliedern, den sogenannten Laien, geworben worden ist, sich für Staats- und Parteiämter zur Verfügung zu stellen. Auf Dauer gesehen ist die Not eines Volkes durch den Mangel an Tiefenströmung schwerwiegender als der Mangel an Menschen, die Staats- oder Parteiämter übernehmen können. Deshalb ist die Begründung eines Überwechselns aus dem Amt der Kirche in andere

Ämter durch die Notsituation eines Volkes kurzschlüssig und oberflächlich. Es wird eine Not behoben, indem die tiefere Not vergrößert wird.

Die Eindeutigkeit, mit der sich die Kirche auf ihren geistlichen Auftrag konzentriert, beeinflusst über die Tiefenströmungen im Leben eines Volkes die jeweiligen politischen Entscheidungen.

Übereinstimmung mit dem Willen Gottes

Ich deute abschließend nur an, daß die Kirche auch Forderungen an den Staat und die Parteien stellt, die direkt in politische Entscheidungen umzusetzen sind. Sie stellt sie um der Bindung an die Gebote Gottes, im Eintreten für die unverlierbare Würde des Menschen und für unsere Welt als Gottes Schöpfung. Die Kirche muß vor Entscheidungen warnen, die den Geboten Gottes zuwiderlaufen und die den Wirkungs-

raum der Kirchen einschränken. Sie wacht darüber und warnt, weil das Ergehen eines Volkes von der Übereinstimmung mit dem Willen Gottes abhängig ist.

Dies ist nicht mehr als ein ergänzender Hinweis. Ich wollte mit besonderem Nachdruck auf den geistlichen Auftrag der Kirche und seine politischen Auswirkungen auf den mittelbaren Zusammenhang zwischen dem Dienst der Kirche und dem Leben unseres Volkes hinweisen. Ich tue dies in einer Stunde, die uns mit großer Dankbarkeit erfüllt und zugleich in die Verantwortung ruft, die neu eröffnete Zukunft vertrauensvoll, mutig und opferbereit zu gestalten.

Anm.:

Dr. Werner Leich, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, hielt diesen Vortrag anlässlich des Jahresempfanges der EKD am 6. September 1990 in Bonn.

Was wird aus dem Sozialismus?

Hans-Ulrich Klose

Nach dem Scheitern des Sozialismus in allen Ländern, in denen die kommunistische Partei- und Staatsführung ihn zur realen Macht geführt hatte, wird die Frage nach seiner Zukunft gestellt. Was bleibt von einer Ideologie, die einst den Siegeszug in weiten Teilen der Welt mit dem angekündigten Ziel, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, angetreten hatte, in deren Namen ein die Menschenrechte mißachtendes System errichtet wurde und die schließlich an den eigenen inneren Widersprüchen scheiterte und auch in der DDR von einer friedlichen Revolution hinweggefegt wurde?

Um es vorwegzunehmen: Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus muß unvoreingenommen und konsequent geführt werden. Zwei totalitäre Bewegungen, der Nationalsozialismus und der Kommunismus, haben in diesem Jahrhundert Deutschland und darüber hinaus Europa heimgesucht. Ihre Ursprünge und Elemente müssen immer wieder geprüft und neu ins Bewußtsein gerückt werden, damit künftig rechtzeitig der Leidensweg von Menschen in die Unterdrückung verhindert werden kann.

Die geistige Erneuerung setzt im übrigen voraus, daß die Vergangenheit nicht verdrängt, sondern aufgearbeitet wird.

Die Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr hat Ende August mit der Tagung „Sozialismus am Ende?“ einen Anfang gesetzt. Sie geriet in die öffentliche Kritik, weil die Fragestellung, aber auch die Teilnahme von André Brie, Mitglied des Präsidiums der Partei des Demokratischen Sozialismus „PDS“, den Verdacht begründeten, der Sozialismus solle eine Ehrenrettung erfahren. Zudem hatte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Peter Beier, bereits vorher vor einer „wohlfeilen Sozialismusschelte“ gewarnt und erklärt, der Begriff des Sozialismus bewahre „ein unaufgebbares Humanum, eine Vielzahl von unerprobten Möglichkeiten“.

Präses Beier ist zuzustimmen, wenn er vor einer oberflächlichen Kritik des Sozialismus warnt, denn die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus muß ohne jedes Vorurteil und mit aller Sachlichkeit geführt werden. Sie muß die Ursachen aufdecken, die zur totalitären Herrschaft des SED-Staates geführt haben.

Die täglich neu bekannt werdenden Verbrechen der Partei- und Staatsführung in der ehemaligen DDR verbieten es, das Phänomen Sozialismus damit abzutun: Was in der DDR und den Ländern des Ostblocks einschließlich der Sowjetunion zusammengebrochen sei oder untergehe, sei kein Sozialismus gewesen (Brie). Es habe sich vielmehr um eine Perversion der sozialistischen Idee gehandelt.

Wer so argumentiert, macht es sich zu leicht angesichts der vielen Millionen von Opfern, die ihr Leben unter der Herrschaft des Sozialismus verloren haben, erniedrigt und ausgebeutet worden sind.

Ein gerecht wägendes Urteil wird vielen ehrlichen Sozialisten zugestehen, daß sie im Sozialismus eine Antwort auf die Mängel der frühkapitalistischen Gesellschaft sahen. Aber der Weg zur kommunistischen Gesellschaft, die Marx als Heilsbotschaft verkündete, sollte nach seiner Vorstellung über die Diktatur des Proletariats führen.

Es sollte ein politisches System auf dem Wege des Klassenkampfes eingerichtet werden, das mit den Mitteln der Gewalt den politisch Andersdenkenden als Klassenfeind niederhalten sollte. Damit waren Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechte des einzelnen ausgeschlossen. Die angeblich wissenschaftliche Lehre des marxistischen Sozialismus war von Anfang an unmenschlich. Jede andere Deutung geht fehl.

So blieb auf der Mülheimer Tagung die Frage, ob nicht jede Gestalt des Sozialismus einen Zug zum Totalitären habe, weil diese Ideologie den Anspruch auf den ganzen Menschen er-

hebe, ohne Antwort. Brie bestätigte dies, als er meinte, „Demokratie ist Sozialismus“, und er damit das Wahrheitsmonopol und den Absolutheitsanspruch des Sozialismus erneuerte.

Die Mülheimer Tagung hatte jedoch einen guten Zweck. Sie zeigte, daß die Ideologie des Sozialismus trotz seiner menschenfeindlichen Wirklichkeit nicht tot ist. Deshalb muß die kritische Auseinandersetzung gerade auch im Interesse derjenigen, die eine Inhaltsbestimmung des „Demokratischen Sozialismus“ suchen, weiterge-

führt werden. Es geht nicht um Diskreditierung einer durch die Realitäten widerlegten Idee, sondern um ihre Überwindung. Dazu gehört auch das Gespräch mit Angehörigen der PDS, bei der gerade der Name SED ausgetauscht wurde, und die den „Demokratischen Sozialismus“ für sich reklamiert. Daß jedoch ein führender Funktionär der PDS „zur Idee des Sozialismus und seinen unterschiedlichen Ausformungen“ spricht, und dies von der Tagungsleitung mit dem Fachwissen und dem Sachverstand des Referenten begründet wird, bleibt ein Ärgernis.



Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL: Auseinandersetzung mit dem Sozialismus führen

Es ist ein Schlag in das Gesicht der Opfer der Gewaltherrschaft, insbesondere der Sozialdemokraten, die in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald und den Zuchthäusern der DDR von den Kommunisten ihrer Freiheit beraubt, gefoltert und umgebracht wurden. Es bleibt zu hoffen, daß die Vergangenheit weiter aufgearbeitet wird, auch in Mülheim, und zwar ohne Vorbehalt, wahrheitsgemäß und mit Augenmaß.

Anm.: Dr. Hans-Ulrich Klose, Landtagsvizepräsident in Nordrhein-Westfalen, ist Landesvorsitzender des EAK in NRW.

Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung

Richard von Weizsäcker

Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker hielt beim Staatsakt zum Tag der Deutschen Einheit in der Philharmonie in Berlin am 3. Oktober 1990 eine Ansprache, aus der wir einen Ausschnitt veröffentlichten.

... Die Form der Einheit ist gefunden. Nun gilt es, sie mit Inhalt und Leben zu erfüllen. Parlamente, Regierungen und Parteien müssen dabei helfen. Zu vollziehen aber ist die Einheit nur durch das souveräne Volk, durch die Köpfe und Herzen der Menschen selbst. Jeder mann spürt, wieviel da noch zu tun ist. Es wäre weder aufrichtig noch hilfreich, wollten wir in dieser Stunde verschweigen, wieviel uns noch voneinander trennt.

Die äußeren Zwangsmittel der Teilung hatten ihr Ziel, uns zu entfremden, nicht erreicht. Widernatürlich, wie Mauer und Stacheldraht waren, hatten sie den Willen zusammenzukommen, nur um so tiefer erfahren lassen. Wir empfanden es vor allem in Berlin, dieser Stadt von zentraler Bedeutung in Vergangenheit und Zukunft. Die Mauer täglich sehen und spüren, ließ uns nie aufhören, an die andere Seite zu glauben, auf sie zu hoffen. Jetzt ist die Mauer weg, und das ist das Entscheidende.

Doch nun, da wir die Freiheit haben, gilt es, in ihr zu bestehen.

dann bedarf es dafür nicht nur der Hilfe, sondern vor allem auch der Achtung untereinander.

morgen durch etwas Neues, Unbekanntes ersetzen zu sollen, übersteigt das menschliche Maß.



Teilnehmer des Festaktes im Schauspielhaus

Foto: dpa

Deutlicher als früher erkennen wir heute die Folgen der unterschiedlichen Entwicklungen. Die Kluft im Materiellen springt als erstes ins Auge. Auch wenn die Menschen in der DDR mit der Mangelwirtschaft alltäglich in ihrem Leben konfrontiert waren, das Beste daraus gemacht und hart gearbeitet haben – das wollen wir nicht vergessen –, trat das Ausmaß der Probleme und damit der Distanz zum Westen doch erst in den letzten Monaten ganz klar hervor.

Wenn es gelingen soll, das Gefälle bald zu überwinden,

Für die Deutschen in der ehemaligen DDR ist die Vereinigung ein täglicher, sie ganz unmittelbar und persönlich berührender existentieller Prozeß der Umstellung. Das bringt oft übermenschliche Anforderungen mit sich. Eine Frau schrieb mir, sie seien tief dankbar für die Freiheit und hätten doch nicht gewußt, wie sehr die Veränderung an die Nerven gehe, wenn sie geradezu einen Abschied von sich selbst verlange. Sie wollten ja nichts sehnlicher, als ihr Regime loszuwerden. Aber damit zugleich fast alle Elemente des eigenen Lebens von heute auf

Bei den Menschen im Westen war die Freude über den Fall der Mauer unendlich groß. Daß aber die Vereinigung etwas mit ihrem persönlichen Leben zu tun haben soll, ist vielen nicht klar oder sogar höchst unwillkommen.

So darf es nicht bleiben. Wir müssen uns zunächst einmal gegenseitig besser verstehen lernen. Erst wenn wir wirklich erkennen, daß beide Seiten kostbare Erfahrungen und wichtige Eigenschaften erworben haben, die es wert sind, in der Einheit erhalten zu bleiben, sind wir auf gutem Wege. ...

Besinnung – Verantwortung – Dankbarkeit – Freude

Rita Süsmuth

Beim Staatsakt am 3. Oktober 1990 in Berlin hielt Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süsmuth folgende Rede, die wir hier im Wortlaut dokumentieren möchten.

Seit Mitternacht sind wir wieder ein Volk, geeint in einem Staat. Wir sagen es so selbstverständlich, und doch ist es noch immer unbegreiflich.

Ich sage es für viele von uns, ich hoffe für alle: wir sind dankbar, diesen Tag miterleben zu dürfen, diese Nacht der Freude und Begeisterung, in der spontan bei vielen der Wunsch aufkam zu singen: „Nun danket alle Gott“.

Dank allen, die uns zu diesem Tag verholfen haben, zu diesem Tag der Freude, der Dankbarkeit, der Verantwortung, aber auch der Bescheidenheit.

An diesem Tag nimmt die ganze Welt teil, und wir sind mit ihr verbunden, insbesondere verbunden mit jenen Regionen der Welt, die erneut von Krieg und Unrecht betroffen sind.

Seit dem 9. Oktober 1989 hat die Zeit ihren Rhythmus geändert. Wieder ist es Herbst – Zeit der Verwandlung und des Umbruchs. Welch gewaltige Verwandlung hat sich seit dem letzten Herbst vollzogen! Aus Angst wurde Wagemut und Hoffnung, aus Unfreiheit wurde Freiheit. Die Unfreiheit ist besiegt, die Grenzen sind geöffnet, die Einheit ist besiegelt. Menschen haben es vermocht, die Unfreiheit zu brechen.

Welch unerwartete und mit Selbstverständlichkeit geleistete Solidarität haben wir von unseren Nachbarn in West und Ost, von unseren Verbündeten erfahren! Gemeinsam haben wir Ziele erreicht, die bis vor kurzem noch weit entfernt schienen.

Der Weg in die Freiheit, die wir heute erlangt haben, wurde insbesondere von den Deutschen in der DDR durch ihre friedliche Revolution freigemacht. Die Vollendung der Einheit ist das Ergebnis europäischen Zusammenwirkens. Sie ist ein wichtiger Baustein für ein geeintes Europa.

Die Zeit hat sich gewendet. „Große Kapitel der Geschichte werden nicht abgeschlossen, ohne zugleich neue zu öffnen“, schrieb Tadeusz Mazowiecki 1981 in der Wochenzeitung der Solidarnosc, er fügte hinzu: „Einmal errungene Rechte schlagen Wurzeln in den Seelen der Menschen, und dieses Gefühl drängt nach Verwirklichung. Einmal errungene Rechte schaffen eine neue Qualität der Gesellschaft, setzen Maßstäbe für das Streben der Menschen wie für unumgängliche Veränderungen.“

Gilt dies nicht auch für die Entwicklung seit dem 9. Oktober 1989, für unseren Durchbruch zur Einheit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Deutschen?

Ein neuer Abschnitt unserer Geschichte hat begonnen. Dies ist auch die Stunde, in der wir uns darüber klar werden müssen, was wir von uns selbst erwarten und was andere jetzt von uns erwarten und erwarten können. So wichtig es ist, unsere unterschiedlichen Identitäten zu bewahren, viel wichtiger ist es zu erkennen, was wir gemeinsam werden wollen.

Und so möchte ich das, was mich heute bewegt, „**Wünsche an uns Deutsche**“ nennen:

Als **erstes** wünsche ich uns allen ein solidarisches Deutschland. Es ist vor allem unser Wille zur Gemeinsamkeit, um den es jetzt geht. Wir müssen unser **ganzes** Land zur Blüte bringen. Dabei geht es um das Zusammenwachsen nicht nur der Wirtschaft, sondern **aller** Lebensbereiche. Dabei geht es gerade auch um den sozialen Ausgleich, um die gemeinsame Bewahrung der kulturellen Vielfalt in unserem Land und um den gemeinsamen Schutz unserer Umwelt.

Wir müssen uns jetzt von den Begriffen „mein“ und „dein“, „wir“ und „ihr“ lösen. Das Teilen ist die eine Seite. Gewiß muß, wer Gemeinschaft bilden will, auch teilen können.

Doch es ist jetzt ebenso wichtig, durch gemeinsame Arbeit Gemeinschaft zu stiften. Jeder Handwerksbetrieb, jedes Unternehmen, jeder Verband und jedes Geschäft, das gemeinsam aufgebaut wird, ist ein Stück Verbundenheit und gelebte Zusammgehörigkeit.

Wenn wir jetzt nicht die Solidaritätsprüfung im Innern, im eigenen Land, ja im Kleinen bestehen – wer sollte uns dann abnehmen, daß wir zur Solidarität in ganz Europa und im Nord-Süd-Konflikt bereit und fähig sind? Ich wünsche uns Solidarität mit den Fremden, mit den Schwachen in unserem Land; denn sie bedürfen unserer Solidarität.

Als **zweites** wünsche ich uns ein europäisches Deutschland, in dem wir alle zusammen die Chance Europas und seine Möglichkeiten für jeden, besonders aber für die jüngere Generation, erkennen und ergreifen.

An die Jugend unseres Landes wende ich mich mit der Bitte: In Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und dann auch in der DDR wurde uns vorgelebt, daß die höchsten Werte Freiheit, Frieden und Achtung der Menschenrechte sind. Ohne sie sind Wohlstand und soziale Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen.

Vergeßt dies nicht und lebt unser Grundgesetz, das ich heute möglichst vielen Jugendlichen schenken möchte, weil es das wichtigste Geschenk unseres Landes ist.

Gehen Sie auch zu unseren Nachbarn, lernen Sie von ihnen und teilen Sie Ihre Erfahrungen mit ihnen, damit dieses Europa, dem sich unsere Verfassung und die Politik unseres Landes verschrieben haben, für alle Wirklichkeit wird.

Setzen Sie sich dafür ein, daß die Grenzen in Europa überall ihren trennenden Charakter verlieren.

Als **drittes** wünsche ich uns ein partnerschaftliches Deutschland, mit Weitblick und Verantwortung in der Welt.

Dazu gehört die Kraft und der Wille zur Erinnerung. Wir wollen nie die unendlichen Leiden des jüdischen Volkes, die Opfer unserer Nachbarvölker und die Verheerungen des Krieges vergessen, die in deutschem Namen in ganz Europa begangen worden sind.

Auch die Erinnerung und die Lehren aus diesen Erinnerungen sind von nun an unser gemeinsamer Teil, aber sie sind auch unsere große Chance. Deutschland wird sich auch künftig als Demokratie bewahren. Wir haben nach 1945 Vertrauen erhalten. Wir möchten, daß uns dieses Vertrauen erhalten bleibt – und wir möchten es nicht enttäuschen. Wir möchten unsere Wirtschaftskraft in den Dienst europäischer und weltweiter Solidarität stellen.

Wir wollen mehr als den europäischen Binnenmarkt. Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa. Dabei geht es uns um die Gemeinschaftsbildung in ganz Europa. Und wir wissen, daß in Ungarn nicht nur das Tor zur Freiheit geöffnet wurde – dafür sind wir dankbar. Die Ungarn haben mit den anderen südosteuropäischen Nachbarn den europäischen Integrationsprozeß beschleunigt. Das war mehr als ein Tor zur Freiheit.

Die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes hat den Weg freigemacht für gegenseitige Hilfe, für die Sicherung des Überlebens auf unserer einen Erde und für eine noch entschiedener Bekämpfung von Armut und Hunger in der Dritten Welt. Wir wollen uns daran maßgeblich beteiligen.

Vor uns liegt eine neue Zeit. Das Ende der langen Teilung und der Unfreiheit unseres Volkes bedeutet zugleich einen Neuanfang. In ihm liegen Erinnerung und Zuversicht, Chancen und Unwägbarkeiten nahe beieinander. Es liegt an uns, daraus das Rechte zu gestalten.

Nehmen wir einander an, wie es heute morgen im Gottesdienst hieß – ohne Wenn und Aber. Geben wir ein Beispiel für Solidarität und Friedensverantwortung – in Deutschland, in Europa und in der Welt. ■

Weltweit der Gerechtigkeit verpflichtet

Bonn. Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Dr. Martin Kruse, Berlin, erklärt zum 3. Oktober 1990:

» An diesem 3. Oktober endet die Nachkriegszeit. Nun sind die Weichen in eine neue Zukunft gestellt. Diese umwälzende Veränderung wollen wir nicht aus dem Blick verlieren.

Die Freude darüber darf nicht von den vielen Problemen und Schwierigkeiten erstickt werden. Wir erleben, was wir in zu rascher Anpassung an die sogenannten Realitäten kaum noch für möglich gehalten hatten: den Sturz eines mächtigen Systems

Unterdrückung und Unrecht, die wiedergewonnene staatliche Einheit, Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten wie im Westen. Denen, die das auf den Weg gebracht, gefördert, schließlich ins Werk gesetzt haben, danke ich von Herzen: den Mitbürgern und Mitchristen aus der bisherigen DDR, die für Freiheit, Wahrhaftigkeit und Recht in den Kirchen gebetet, auf den Straßen demonstriert und die Wende in Gang gebracht haben; den Politikern, die in den nun vereinigten Teilen Deutschlands die Last der Verantwortung getragen haben, den Regierungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, den uns wohlgesonnenen Nachbarn.

Was alles neu wird, wird uns allmählich deutlich werden. Sichtlich sind die Veränderungen in Thüringen und Sachsen, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin. Aber vom 3. Oktober an ist die Bundesrepublik insgesamt etwas Anderes und Neues. Das größere Deutschland trägt eine größere Verantwortung. Europa verlangt, daß wir Anwalt einer größeren Einheit sind. Die Probleme der Welt fordern ein Deutschland, das weltweit der Gerechtigkeit verpflichtet ist, dem Frieden dient und seinen Teil beiträgt, Gottes gute Schöpfung zu bewahren.

Die Christenheit steht nicht abseits. Sie wird mit wachem Sinn die politische Entwicklung wahrnehmen, an Gottes Gebot und Verheißung erinnern, die Sorgen der Menschen vor Gott bringen, vor allem aber den Lobpreis dessen anstimmen, der uns freundlich zugewandt ist über Bitten und Verstehen.«

Einheit – Trennung – Einheit**Aus der Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)****1945**

bildete sich am 20. Juni im hessischen Treysa (bei Kassel) die EKD. Sie bestand aus 28 Landeskirchen.

1948

wurde im Juli im thüringischen Eisenach die bis heute gültige Grundordnung der EKD verabschiedet.

1969

trennten sich die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR von der EKD und bildeten einen eigenen Kirchenbund.

1990**17. Januar**

Beauftragte der EKD und des DDR-Kirchenbundes erklärten unter Leitung des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Martin Kruse, und des DDR-Kirchenbundvorsitzenden, Bischof Werner Leich, in Loccum, daß die Evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten wieder zusammengehören sollen.

27. bis 30. Mai

Eine Gemeinsame Kommission der EKD und des DDR-Kirchenbundes konstituierte sich in Iserlohn. Sie soll Vorschläge für die Zusammenführung der Kirchen erarbeiten.

16. Juni

Der Rat der EKD stimmte in Hannover der Bildung eines gemeinsamen, gesamtdeutschen Leitungsausschusses aus je fünf Mitgliedern des Rates der EKD und des Vorstandes des DDR-Kirchenbundes zu.

31. August bis 1. September

In Ost-Berlin beschloß der DDR-Kirchenbund „die zügige Herstellung der Mitgliedschaft der acht Landeskirchen der DDR in der EKD“.

9.–14. September

Vom 9.–12. September tagte die Gemeinsame Kommission in Dresden, am 13. der gemeinsame Leitungsausschuß in Hannover. Sie empfahlen, daß die Synode der EKD und die des DDR-Kirchenbundes auf einer gemeinsamen Tagung im Mai 1991 die kirchliche Einheit beschließen und alle damit verbundenen Entscheidungen treffen sollen. Am 14. September gab der Rat der EKD seine Zustimmung zu dieser Empfehlung.

21. bis 25. September

Auf der letzten Synode des DDR-Kirchenbundes stimmten die 60 Synodalen in Leipzig ohne Gegenstimmen dem Vorschlag zu, die Einheit mit der EKD durch Beitritt 1991 zu vollziehen. Ein entsprechender Beschluß wird von der EKD-Synode vom 4. bis 9. November in Travemünde erwartet.

5. bis 6. Oktober

Gemeinsame Tagung des Rates der EKD und der Konferenz der Kirchenleitungen (die Leitung des DDR-Kirchenbundes) in Berlin.

1991**26. bis 29. Mai**

findet vermutlich in Berlin eine erste gemeinsame Tagung beider Synoden statt. Die EKD wird dann wiedervereinigt sein.

3. bis 8. November

Die neue gemeinsame EKD-Synode wählt in Bad Wildungen den Rat der EKD, das höchste Leitungsgremium von dann rund 28 Millionen Protestanten. Zur EKD gehören wieder 24 Gliedkirchen.

(aus: **idea**)

Der lange Weg zur Kircheneinheit

Werner Hoffmann

Am 3. Oktober wurde der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland wirksam. Damit hört das Staatsgebilde DDR auf zu existieren. Der Einigungsvertrag füllt fast tausend Schreibmaschinenseiten und wurde in extrem kurzer Zeit verhandelt. Es liegt nahe, daß nun nicht wenige Kirchenglieder fragen, wie weit die Einheit der deutschen Kirchen gediehen ist. Wird es weiterhin eine Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und einen Bund Evangelischer Kirchen in der (ehemaligen) DDR geben?

... Die Leitungsgemein der Kirchen haben eine gemeinsame Kommission berufen mit dem Auftrag, Vorschläge zur Herstellung der kirchlichen Einheit zu unterbreiten. Diese gemeinsame Kommission trat schließlich im Mai 1990 zu einer ersten Sitzung in Iserlohn zusammen und hat jetzt in Dresden vom 9.-12. September ihre zweite Sitzung abgehalten. Vorsitzende sind Bischof Hempel und Präses Schmude, aus Bayern arbeitet der Autor dieses Berichtes mit. In Dresden wurde nunmehr ein genauer Terminplan für die Herstellung der Kircheneinheit erarbeitet. Er sieht vor, daß bis **Februar 1991 der Entwurf eines Kirchengesetzes über die Zusammenführung von EKD und BEK erarbeitet und vorgelegt wird.** Dieses Kirchengesetz enthält Bestimmungen über den Erwerb der Mitgliedschaft in der EKD durch die Kirchen des Bundes, über die Aufhebung der Bundesordnung, über die Änderung der Grundordnung der EKD und die Fortgeltung der Rechtsetzung des Bundes als partielles Recht der EKD. Schließlich muß die Verteilung der Sitze der EKD-Synode neu geregelt werden. Auf der Grundlage dieses Gesetzentwurfes werden die Gliedkirchen des Bundes Beschlüsse über den Erwerb der Mitgliedschaft der EKD fassen.

Keine neue Grundordnung

Vom 25. bis 29. Mai 1991 soll dann eine gemeinsame Tagung der Synoden der EKD und des Bundes stattfinden. Auf dieser gemeinsamen Tagung soll das Kirchengesetz über die Zusammenführung der Kirchen beraten und eine gemeinsame Beschlusvorlage hergestellt werden. Die Synoden der EKD und des Bundes werden dann eine getrennte Beschlusfassung her-

beiführen, für die eine Zwei-Drittel-Mehrheit und die Zustimmung der Kirchenkonferenz der EKD und der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes erforderlich ist. Bis Anfang Oktober 1991 wird dann die Wahl der Synodalen zur neuen EKD-Synode durch die Landes-synoden der Gliedkirchen erfolgen müssen. **Die neue EKD-Synode soll sich vom 3. bis 8. November 1991 konstituieren und den neuen Rat wählen. Mit diesem Datum ist die Zusammenführung der Kirchen abgeschlossen.**

Die gemeinsame Kommission steht vor der Frage, welche Änderungen der Grundordnung der EKD sie empfehlen soll. Hintergrund der Überlegungen ist der Versuch, wichtige Aussagen der Grundordnung des Bundes in die EKD zu übernehmen. Es soll jedoch vermieden werden, daß eine völlig neue Grundordnung geschaffen werden muß, die der Zustimmung aller Gliedkirchen der bisherigen EKD bedarf. Die Änderungen der Grundordnung sollen sie daher auf die Artikel beschränken, die die Grundstruktur der EKD nicht berühren und kein neues „Paktieren“ der Landeskirchen erfordert. Schwierig ist insbesondere die Frage, ob Elemente der Gemeinsamen Erklärung des Bundes zu den theologischen Grundlagen der Kirche und ihrem Auftrag in Zeugnis und Dienst aus dem Jahr 1986 in die Grundartikel der EKD-Grundordnung aufgenommen werden können. Diese theologische Erklärung des Bundes enthält den Satz: „Die Gemeinschaft der bekenntnisbestimmten und rechtlichen selbständigen Gliedkirchen mit ihren Gemeinden ist Kirche“. Wenn dieser Satz in die Grundordnung der EKD aufgenommen wird, steht ohne Zweifel fest, daß sich auch die EKD in

diesem Sinne als Kirche zu verstehen hat. Ob allerdings eine solche Aussage gemacht werden kann, ohne daß die Gliedkirchen der EKD mit ihren Landes-synoden dem zustimmen müssen, bedarf sorgfältiger Prüfung.

Vergrößerung der Synode?

Wesentlich einfacher und unproblematischer ist die Überarbeitung der Organverfassung. Die Aufnahme der Gliedkirchen des Bundes wird dazu führen, daß die Größe der EKD-Synode von jetzt 120 Synodalen nicht ausreicht. Bei einer **Vergrößerung auf 150 Synodale** könnte die Arbeitsfähigkeit der Synode noch bestehen bleiben und gleichzeitig eine angemessene Zahl von Sitzen den Vertretern der Gliedkirchen des bisherigen Bundes zugewiesen werden. Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Gliedkirchen wird noch Schwierigkeiten bereiten, zumal genaue Zahlen über den Mitgliederbestand der Kirchen des Bundes nicht vorliegen. In der Ordnung des Bundes hat sich das Organ „Konferenz der Kirchenleitungen“ bewährt. Es wird zu prüfen sein, ob dieses Organ in die EKD-Grundordnung eingearbeitet werden kann und an die Stelle der Kirchenkonferenz der EKD tritt. Das weitere Leitungsorgan „Rat der EKD“ soll bleiben.

Es ist allerdings auch hier zu entscheiden, ob die Größe von bisher 15 Mitgliedern ausreicht, oder ob nicht eine bemessene Vergrößerung dieses Gremiums auf etwa 19 Personen notwendig ist, um zu gewährleisten, daß alle größeren Gliedkirchen der EKD und des bisherigen Bundes im Rat der EKD vertreten sein können. Es gibt eine Reihe weiterer Bestimmungen in der Grundordnung der EKD, die nicht mehr der gegenwärtigen rechtlichen und tatsächlichen Lage entsprechen. Man wird zu prüfen haben, welche der Bestimmungen jetzt geändert werden und welche Bestimmungen einer späteren Überarbeitung der EKD-Grundordnung überlassen werden. Schließlich wird auch zu entscheiden sein, in welcher Form die neue EKD mit den gliedkirchlichen Zusam-

menschlüssen kooperiert. Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, wie die gliedkirchlichen Zusammenschlüsse ihre Zukunft sehen. Hier sind besonders die lutherischen Kirchen in der bisherigen DDR gefragt. Sie müssen entscheiden, ob sie der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands wieder beitreten.

Während also die kirchenrechtlichen Fragen in den nächsten Wochen und Monaten in den verschiedensten Synoden behandelt werden, sind die staatskirchenrechtlichen Probleme weithin gelöst. **Mit Inkrafttreten der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 gilt das staatskirchenrechtliche System der Bundesrepublik auch im Bereich der bisherigen DDR.** Artikel 140 des Grundgesetzes, der die Kirchenartikel der Weimarer Verfassung zum Bestandteil des Grundgesetzes gemacht hat, findet ab diesem Zeitpunkt im gesamten neuen Staatsgebiet Anwendung.

Einführung der Kirchensteuer

Geltendes Recht ist daher ab diesem Zeitpunkt auch die Bestimmung, daß die Religionsgesellschaften berechtigt sind, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben. Der staatliche Einigungsvertrag enthält ein Kirchensteuerrahmengesetz, das als Landesrecht gilt und die Möglichkeit eröffnet, daß von den Kirchenmitgliedern wie in der Bundesrepublik nach Maßgabe der Lohn- und Einkommensteuer erhoben wird. Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen hat beschlossen, einen Hebesatz von neun Prozent der staatlichen Lohn- und Einkommensteuer als Kirchensteuer zu erheben. **Die Landessynoden des Bundes haben sich für die Einführung der Kirchensteuer ab 1991 ausgesprochen.**

Es wird allerdings noch verwaltungsmäßig Schwierigkeiten geben, weil zunächst die Religionszugehörigkeit festgestellt und auf der Lohnsteuerkarte durch die kommunale Meldebehörde eingetragen werden muß.

Es ist schwer abzuschätzen, welche Einnahmen aus der Kirchensteuer den Kirchen des Bundes zufließen werden. In dem Maß, in dem sich die Löhne und Gehälter in der bisherigen DDR dem Niveau der Bundesrepublik völlig angleichen, ist allerdings damit zu rechnen, daß die Erträge aus der Kirchensteuer erheblich höher werden als die bisherigen Einnahmen aus freiwilligen Beiträgen.

Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

Wesentlich schwerer tun sich die Kirchen mit einer anderen staatskirchenrechtlichen Regelung, nämlich dem Religionsunterricht. **Nach Artikel 7,3 des Grundgesetzes ist der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen ordentliches Lehrfach.** Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. In den Kirchen des Bundes sieht man Probleme, einem Religionsunterricht zuzustimmen, weil in den Schulen die Schüler, die dem christlichen Bekenntnis angehören, nur noch eine Minderheit darstellen. Auch möchte man durch die Einrichtung des Faches Religionsunterricht die bisherige Christenlehre nicht verdrängen; indes bestimmt Artikel 7 des Grundgesetzes, daß der Staat verpflichtet ist, innerhalb des staatlichen Schulwesens Religionsunterricht einzurichten, das heißt zu veranstalten und die Kosten zu tragen. **Ordentliches Lehrfach bedeutet, daß der Religionunterricht nicht Wahl-, sondern Pflichtfach ist.** Die Religionsgemeinschaften haben Anspruch auf inhaltliche Gestaltung des Religionsunterrichtes. Es ist Sache der Religionsgemeinschaften, zu bestimmen, was zu ihren Grundsätzen zählt. Wichtig ist, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes von einer kirchlichen Erlaubnis abhängig gemacht werden darf.

Man wird nicht verkennen, daß die Einrichtung des Religionsunterrichtes der bisherigen DDR zu großen organisatorischen Schwierigkeiten führt. Diese werden sich aber im Laufe der Zeit beheben lassen. Wichtig wird sein, daß erreicht wird, daß bisher im kirchlichen Dienst tätige katechetische Kräfte vom

Staat für die Erteilung des Religionsunterrichtes an den Schulen zugelassen werden. Alle Einzelheiten werden zwischen den Kirchen und den Ländern verhandelt werden müssen.

Umstrittene Militärseelsorge

Nur an einer Stelle lehnen die Kirchen des Bundes eine staatskirchenrechtliche Regelung in der Bundesrepublik ab, nämlich die Regelung über die Seelsorge an Militärangehörigen. Die Gliedkirchen des Bundes wünschen keine Übernahme des Kirchengesetzes zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge. Sie möchten den Auftrag zur Seelsorge an Soldaten in eigener Verantwortung wahrnehmen und dafür eigene Formen entwickeln. Auch diese Position ist zurückzuführen auf eine stark pazifistisch eingestellte junge Generation in der Kirche. **Es wird übersehen, daß der Militärseelsorgevertrag den Militärpfarrern völlige Freiheit in der inhaltlichen Gestaltung ihres Dienstes gewährleistet.** Es ist völlig offen, wie eine seelsorgerliche Begleitung der Soldaten geschehen soll, ohne daß entsprechende Vereinbarungen mit dem Staat getroffen werden. Die hier anstehenden Verhandlungen werden schwierig sein, zumal die katholische Kirche sicherlich von ihrem Recht auf Militärseelsorge Gebrauch machen wird.

Verständigungsschwierigkeiten

Es gibt auch andere Bereiche, die zeigen, daß noch eine längere Zeit vergehen wird, ehe in gesellschaftspolitischen Fragen eine Einmütigkeit zwischen allen Landeskirchen hergestellt werden kann. So hat überrascht, daß am 3. September eine Erklärung des Bundes der Kirchen in der DDR zum Schwangerschaftsabbruch veröffentlicht wurde, in der jede strafrechtliche Regelung abgelehnt wird. Nur wenige Tage zuvor, am 24. August, hatten die Bischöfe Kruse und Lehmann eine Erklärung zum Schwangerschaftsabbruch veröffentlicht, auf die die Erklärung des Bundes einen Bezug nimmt. Es ist nicht auszuschließen, daß in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen der deutsche Protestantismus in Zukunft noch weniger als bisher

in der Lage sein wird, gemeinsame Erklärungen zu verabschieden. Wichtiger als die Einigkeit in gesellschaftspolitischen Fragen wird allerdings das notwendige gemeinsame Bemühen sein, in der weltlicher werdenden Welt eine gemeinsame Strategie missionarischer Verkündigung zu finden.

Anm.: OKR Dr. Werner Hofmann ist Leiter des Landeskirchenamtes München und Mitglied des Rates der EKD.

Hinweis: Der Beitrag ist erschienen in der Ausgabe Nr. 18 der Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Wir drucken ihn mit Genehmigung der Redaktion ab. ■

Kurz notiert

„Deutschland ohne Soldaten ist christliche Sozialromantik“

Butzbach. Der Beauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesregierung, Militärbischof **Heinz Georg Binder**, sieht in weiteren Kreisen der evangelischen Kirche „ein Unverhältnis zu aller staatlichen Machtausübung“. Auf der Herbsttagung der Hessischen Genossenschaft des Johanniter-Ordens sagte Binder jetzt in Butzbach, christliche Verantwortung müsse sich auch auf die Machtinstrumente des Staates erstrecken. So sollten sich die Christen als Staatsbürger dem Wehrdienst nicht entziehen. „Die Argumente der christlichen Pazifisten lassen mich dabei aber nicht kalt, sie fechten mich an“, sagte Binder, es sei aber „ein Stück christlicher Sozialromantik, sich Deutschland ohne Soldaten vorzustellen“.

Wie Binder in seinem Vortrag zum Thema „Der Christ und die militärische Gewalt“ weiter sagte, werde heute in der Kirche versäumte Staatskritik vergangener Zeiten nachgeholt. Eine Verweigerungshaltung gehe an der Mitverantwortung des Christen für den Staat vorbei. „Wer Utopien nachjagt, meldet sich von der politischen Verantwortung für heute ab“, sagte der EKD-Beauftragte und bedauerte, daß im Blick auf politische Meinungen die für den Protestantismus typische Pluralität der Auffassungen verloren zu gehen drohe.

Es liege im Sinn der protestantischen Tradition, politische Meinung nicht zu Bestandteilen der Glaubenslehre zu machen. Binder setzte sich für die „Annahme des politisch Andersdenkenden“ ein, „von dem ich in der Meinung, aber nicht im Glauben getrennt bin“. Nach seinem Eindruck würden die

Kirchensynoden „immer mehr zu Parlamenten umfunktionierte“, in denen politische Debatten an die Stelle des Strebens nach Einmütigkeit träten.

(aus: epd)

Deutsche Kirchen nehmen erstmals zur Eigentumsfrage Stellung

Berlin. Zur umstrittenen Frage, inwieweit Eigentum an Grund und Boden, das in der früheren DDR seinen ehemaligen Besitzern unrechtmäßig entzogen worden ist, zurückgegeben werden oder seinem neuen Eigentümer erhalten bleiben soll, haben sich jetzt erstmals auch die Leitungen der evangelischen Kirchen im geeinten Deutschland zu Wort gemeldet. Auf ihrer ersten gemeinsamen Sitzung verabschiedeten am Sonnabend, 6. Oktober, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen eine Orientierungshilfe zur Eigentumsfrage, in der sie davor warnen, den Kränkungen durch das alte Unrecht neue Feindschaft und Verbitterung durch Wiedergutmachung folgen zu lassen.

Darum solle nach Ansicht der Kirchenleitungen redlicher Erwerb durch den jetzigen Eigentümer Vorrang vor dem Rückgabeanspruch des früheren Besitzers haben. „Die Neuordnung wäre mißlungen, wenn sie zum Anlaß für langjährige Unruhen und unfriedliche Auseinandersetzungen geriete“, heißt es in dem Text wörtlich. Die Regelung der Eigentumsfrage erweise sich als „besonders belastend“. Die widerstreitenden Interessen drohten die Menschen gegeneinander aufzubringen und den Frieden in der Gesellschaft zu gefährden.

(aus: epd Nr. 193, 8. 10. 1990)

Protestantische Profile

Christine Lieberknecht

In der heutigen Ausgabe stellen wir Ihnen Christine Lieberknecht vor, die Stellvertretende Vorsitzende der CDU Thüringen und seit 1986 Mitglied in der Kommission für kirchliche Jugendarbeit beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ist. Im März 1990 hatte sie auf der 31. EAK-Bundestagung ihre Eindrücke von der Wende im Herbst '89 sehr persönlich geschildert.

Minutenlang stahl eine zierliche dunkelhaarige Frau dem Bundeskanzler auf dem CDU-Vereinigungsparteitag die Schau. Christine Lieberknecht trat ans Rednerpult – und schon brandete der Beifall der Delegierten in einer Phonstärke auf, die sonst nur Helmut Kohl galt.

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU Thüringen, die den Beitritt ihres Landesverbandes zur Christlich Demokratischen Union Deutschlands erklärte, wurde nicht nur umjubelt, weil sie die erste Frau war,

Ihnen gemeinsam hier in Hamburg erleben zu dürfen. Wir Thüringer leben im Herzen Deutschlands. Die Höhen und die Tiefen unserer wechselvollen deutschen Geschichte haben in Thüringen mehr als einmal ihren Anfang und ihr Ende gefunden. Es ist für uns Thüringer Aufgabe, und für ganz Deutschland ist es Gewinn, etwas von den Erfahrungen dieser unserer Geschichte in die Union für Deutschland und ein Europa ohne Grenzen mitzubringen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir jungen Reformer des letzten

einfach glücklich. Wir freuen uns auf Deutschland!“

Die 32jährige Patorin hatte – wie so viele in der DDR – vor der Entscheidung gestanden, wegzugehen oder dazubleiben und zu kämpfen. Sie entschied sich für das Kämpfen, denn „man kann die Menschen ja nicht einfach allein lassen“.

Christine Lieberknecht ist mit einem Pastor verheiratet und hat zwei Kinder. Der Tag der deutschen Einheit ist für sie auch ein familiärer Feiertag: Ihre Tochter Marie wird am 3. Oktober 12 Jahre alt, der Sohn Paul ist 5. Beide überstanden die politischen Turbulenzen, die die Mutter viel Zeit kosteten, in der Großfamilie im Landkreis Weimar.

„Als Theologin möchte ich einen Beitrag zur theoretischen, geistigen Grundlegung der CDU leisten und mich für eine Grundwertediskussion stark machen.“

Ihre Arbeit wird in den drei Gemeinden mit rund 500 Seelen geschätzt, ihr Mut und ihr Durchsetzungsvermögen gelobt. „Das Wort Gottes steht für mich weiter an erster Stelle, auch wenn ich einer Partei angehöre. Andererseits ist das politische Engagement in einer Partei nur die Konsequenz aus dem christlichen Glauben.“

Die Christdemokratin selbst, die ihre Gefühle schlicht mit „glücklich“ beschrieb, holte sich die Kraft zum Durchhalten aus ihrem Glauben. Und über Teilnahme am Hamburger Parteitag sagt sie: „Ich bin mit Freunden zu Freunden gefahren.“



Christine Lieberknecht: Ich weiß die Freiheit und die großen Möglichkeiten eines Dorfpfarramtes zu schätzen.

diesen historischen Schritt verkündete – mehr noch galt ihr der Beifall, weil sie schon im September 1989 für die neue CDU in der DDR stand.

„Mich als Thüringerin und als eine der vier Autoren des Weimarer Briefes, des unmißverständlichen Signals zur Erneuerung der DDR-CDU, erfüllt es heute mit besonderem Stolz und einer besonderen Freude, die Voraussetzungen für die geeinte Christlich Demokratische Union Deutschlands an entscheidender Stelle mit geschaffen zu haben und diesen Tag nun auch als eine von den Reformern des letzten Herbstes mit

Jahres, die wir geprägt sind vom Lebensgefühl unseres Volkes im Osten Deutschlands, aus der Zeit vor der Wende durch Unfreiheit, Angst und Bedrückung, aus der Zeit während der Wende durch Aufbruch, Mut und Begeisterung und jetzt, nach der Wende, durch einen festen Willen, durch Dankbarkeit und Liebe für unser Volk und Vaterland, daß wir diese Erlebnisse nicht vergessen werden.

Wir leben von der Vision freier Menschen in einem in Frieden und Freiheit geeinten Vaterland. Nie war uns die Erfüllung dieses Traumes so nahe wie in dieser Stunde. Wir sind

Glaube als Profil

Burkhard Budde

Das Profil meiner Autoreifen schien bald abgefahren zu sein. Ich erschrak. Daran hatte ich nicht gedacht. Doch der Hinweis eines Mitarbeiters war berechtigt. Spätestens bei Schneefall, Matschwetter oder in glitschiger Situation brauchen Räder Profil.

Ähnliches gilt auch im Blick auf unser Glaubensleben. Es kann langsam abnutzen, verflachen oder zur Routine werden. Dann ist eine Erneuerung und Vertiefung wichtig, damit wir in Krisensituationen Halt finden.

Viele sind unterwegs, um neue Landschaften zu erkunden. Das ist sinnvoller, als sich ausschließlich aus Büchern über sie zu informieren. Im Grunde „er-fahre“ ich nur etwas über eine Gegend, indem ich persönlich Eindrücke sammle.

Gottes Nähe in einer Krise ist auch nur erfahrbar, wenn ich mich dem Geist Gottes öffne und mich von ihm bewegen lasse. Das neue Glaubens-Profil befähigt mich dann, eine neue Richtung einzuschlagen.

Ein Massenausflug, der über verstopfte Autobahnen führt, ist für viele ein nervlicher Streß. Es ist dann richtig, einen Rastplatz anzufahren, um aufzutanken, sich zu stärken, sich neu über den Weg zu orientieren, Kontakt zu anderen aufzunehmen und – wenn nötig – umzukehren.

Im übertragenen Sinne gilt das auch für den Rastplatz der Liebe Gottes, für die Gemeinde Jesu. Menschen, die unter Hektik, Zwietracht und Hoffnungslosigkeit leiden, werden durch die Begegnung mit dem Evangelium erneuert und gestärkt, beginnen sich zu verstehen, überwinden Vorurteile und bekennen sich öffentlich zu Christus.

Dieser Geist wirkt nicht nur in Christen, sondern auch durch sie, indem jeder an seiner Stelle Nächstenliebe übt. Denn keiner soll das 5. Rad sein. Jeder ist eingeladen, sich (Glaubens-)Profil und Gemeinschaft schenken zu lassen.

Ann.: Burkhard Budde ist Pfarrer in Spenge (Westfalen).

Gespräch/Buchbesprechung

Unionspolitiker zeigen Verständnis für Sorgen der DDR-Kirchen

Berlin. Die leitenden Geistlichen der evangelischen und der katholischen Kirche in der DDR, der Magdeburger evangelische Bischof **Christoph Demke** und der katholische Bischof von Berlin, **Georg Sterzinsky**, sind im September mit dem geschäftsführenden Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung ihres Vorsitzenden **Alfred Dregger** im Berliner Reichstag zusammengekommen. Wie anschließend von kirchlicher Seite bestätigt wurde, kam dabei die kritische Sicht der Kirchen zur Situation und zu den Problemen zur Sprache, die sich für die Menschen in der DDR aus dem deutschen Einigungsprozeß ergäben.

Wie Demke nach dem Gespräch dem Evangelischen Pressedienst sagte, habe er unter anderem beklagt, daß es im Zuge des Einigungsprozesses wenig Möglichkeiten einer authentischen Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung im politisch-gesellschaftlichen Bereich gegeben habe. Diese Möglichkeiten drohen eher weniger als mehr zu werden. Dabei hätten Unionspolitiker die von Demke und anderen Kirchenvertretern geäußerten Sorgen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durchweg bestätigt. Eine Diskussion über offene Fragen habe nicht stattgefunden.

Nach Angaben der Fraktion stand im Mittelpunkt des zweistündigen Gesprächs, zu dem die Union eingeladen hatte, die gemeinsame Suche nach Möglichkeiten, „die Folgen der geistigen Deformationen durch fast 60 Jahre Diktatur in Mitteldeutschland zu überwinden“. Es habe allgemeine Übereinstimmung bestanden, daß an dieser Aufgabe alle gesellschaftlichen Kräfte mitwirken müßten. Dregger habe zudem die Bedeutung der Kirchen für den friedlichen Ablauf der deutschen Revolution des Jahres 1989 gewürdigt, hieß es von Seiten der Partei. (aus: epd)

Rudolf Schulze (Hrsg.): Nach der Wende. Wandlungen in Kirche und Gesellschaft. Texte aus der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. 118 Seiten. 16,80 DM. Wichern Verlag, Berlin 1990

Das vorliegende Buch ist die erste Publikation, die durch die Zusammenarbeit mit der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zustande kam. Weitere Titel dieser Reihe sind in Planung.

Das Buch „Nach der Wende“ gibt aus verschiedenen Perspektiven heraus Impulse für die aktuelle Diskussion, die den Weg in die Einheit begleitet.

Aus den Kirchen heraus begann die friedliche Revolution in Deutschland. Inzwischen stehen auch die Kirchen wie alle gesellschaftlichen Bereiche im Osten der bald einen deutschen Republik in einer Krise.

Täglich werden neue Nöte, neue Fragen und Probleme erkannt, die im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel aufbrechen. Hier lesen wir die ersten Ansätze zu Antworten und Lösungen. Hier lesen wir aber auch Gründe für den Verzicht auf allzu schnelle Schlüsse, Anschlüsse und Auschlüsse.

In die bestehende Diskussion mischt sich mit dem vorliegenden Beitrag auch die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ein, die in der Krisenzeit als Institution zur Orientierung der evangelischen Kirchen gegründet worden war.

Die Autoren sind die Studienreferenten Roland Degen, Manfred Falkenau, Joachim Garstecki, Lutz Motikat, Ehrhart Neubert, Manfred Punge und Mathias Schubert. Neben der Analyse der Vergangenheit wird Deutungsmodellen der Umbruchsituation nachgegangen, werden die Position der Kirche neu bestimmt und neue Konzeptionen auf dem theologisch-pädagogischen Sektor entwickelt.

Leserbriefe

Betr.: Artikel von Peter Hintze „Sozialismus am Ende“ in Nr. 9/1990

Peter Hintze beschreibt in seinem Artikel „Sozialismus am Ende“ seine Beobachtung, daß sich die Menschen in Osteuropa mit Schrecken von allen Spielarten des Sozialismus abwenden, bei einigen westdeutschen Theologen aber eine nostalgisch verklärte „Sozialismus-Renaissance“ feststellbar ist. Diese These ist leider richtig, gilt aber nicht nur für westdeutsche Theologen, sondern auch für Theologen in der ehemaligen DDR. Auch dort wird von Kirchenmännern eine Revitalisierung des Sozialismus propagiert...

Die Kirche in der DDR versteht sich als „Kirche im Sozialismus“. Das bedeutet, daß sich das Christentum aus einer bisherigen Transzendenzreligion in eine Sozialreligion verwandelt. Die Vertikale wird durch die Horizontale ersetzt, der Ewigkeitsglaube durch gesellschaftsverändernde Praxis, und das Reich Gottes wird zur vollkommenen sozialistischen Gesellschaft der Gerechtigkeit und des Friedens. – Christlicher Glaube ist seinem Wesen nach Ewigkeitsglaube. Wo das verloren geht, degeneriert das Christentum zu einem philanthropischen Moralismus und wird eine mit christlichen Begriffen arbeitende säkulare Ideologie.

**Hans Schultze, Pfarrer i. R.
An der Jordanquelle 13
4792 Bad Lippspringe**

Betr.: Artikel „Sozialismus am Ende“ in EV 9/90

Ihre o. a. Ausführungen können nicht ohne Widerspruch bleiben.

Historisch falsch und politisch diffamierend statt differenzierend ist Ihre Behauptung, daß der Sozialismus von seiner Natur her totalitär und nur gegen die Menschen durchgesetzt werden kann. So plump kann man das Gleiche auch vom Christentum sagen. Ihnen als evangeli-

scher Theologe müßte doch die Geschichte des Sozialismus, auch des religiösen, so gegenwärtig sein, daß Sie sich einer solchen Behauptung schämen müßten. Sind Sie in der alten Kirchengeschichte steckengeblieben?

Erfahrung

ist keine Frage des Alters, der Jahre; – sie ist eine Frage der Intensität und der Freiheit bzw. Unfreiheit, mit der Du auf dieser Welt warst.

K. Allert-Wybranietz

Sie grenzen sich von der PDS ab, grundsätzlich will ich Ihrer Partei das nicht bestreiten. Aber weshalb setzen Sie sich denn ebenso vehement gegen ‚Blockflöten‘ ab, die über Nacht zu Parteifreunden sich mauserten, aber doch SED-Politgehilfen, vielleicht auch überzeugte, gewesen sind? Weshalb will die CDU Stasi-Leute global amnestieren, Friedensdemonstranten hier jedoch nicht? Warum kumpaniert Ihre Partei mit einem Stasi-Oberst namens Schalck-Golodkowski, nur weil er Peinliches auch für die Union zu enthüllen weiß? Die Liste ließe sich noch lange fortzuschreiben...

Zum Sozialismus möchte ich nur an die skandinavischen Länder erinnern. Aber zu diesen hat es seitens der Union noch nie engere Kontakte gegeben. Sozialismus ist eine Realität, wo es Arbeitslosigkeit praktisch nicht gibt – und wo es sie massenhaft gibt wie bei uns, herrscht schwere Menschenrechtsverletzung. Ich bin jedenfalls Präses Peter Beier für seine klaren Äußerungen sehr dankbar. Hätten wir davon mehr in unserer Kirche.

**Dr. theol. Heinrich Vokkert
Hennewiger Weg 2
4358 Haltern**

Aus unserer Arbeit

Gedenken an Dr. Gerhard Schröder

Keitum. Am 31. Dezember 1989 verstarb auf Sylt ein großer Mann der deutschen Nachkriegsgeschichte: Dr. Gerhard Schröder, ehemaliger Bundesinnenminister, Außen- und Verteidigungsminister, machte gerade Urlaub auf der Insel, als er plötzlich und unerwartet verstarb. Am 11. 9. 1990 wäre Gerhard Schröder 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Grund wurde an seinem schlichten Grab auf dem Friedhof der Keitumer Kirche in feierlichem Rahmen ein Kranz niedergelegt.



Unterhielten sich am Rande:
EAK-Vorsitzender Peter Hintze
(l.) und Dr. Adelbert Schröder



Andächtig nahmen die zahlreichen Gäste aus Bundes- und Kreispolitik an der Kranzniederlegung teil.

Dazu waren extra einige hohe Persönlichkeiten der Politik gekommen. Darunter auch der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, **Peter Hintze**, der Landtagsabgeordnete **Peter Aniol** und Kreispräsident **Willy Zühlke**. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl ließ seine besten Grüße und Wünsche übermitteln.

In einer kleinen Ansprache erinnerte Peter Hintze an den bekannten Politiker: Geboren wurde Schröder am 11. September 1910 in Saarbrücken. „Er erlebte die Weimarer Republik, erduldet mit Schrecken die Zeit der Nazi-Diktatur und das Grauen des Krieges“, so Hintze: „Die Situation im Nachkriegs-Deutschland, die moralische und materielle Trümmerlandschaft, die er sah, ließen ihn zum Politiker wachsen. So wurde er zu einem der Baumeister der Bundesrepublik.“

Stellungnahme des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Trier/Trier-Saarburg zur aktuellen Frage der §§ 218 ff. StGB. – Diskussionsforum des EAK 13. August 1990 –

Wer das „C“ in seinem Namen trägt, stellt einen hohen Anspruch an sich selbst und muß sich auch in der Diskussion um das Thema „§ 218 a StGB contra Fristenlösung“ daran messen lassen.

Für die Mitglieder des EAK beginnt menschliches Leben mit Verschmelzung von Ei und Spermazelle und nicht erst im 4., 5. oder sonstigen Lebensmonat. Jeder Schwangerschaftsabbruch ist daher Tötung menschlichen Lebens.

Die Mitglieder des EAK respektieren die Bestimmung des Gesetzgebers, die es schwangere

Frauen ermöglicht, bei Vorliegen einer Indikationslage i. S. des § 218 a StGB abzutreiben. Es gibt Situationen der Ausweglosigkeit, in denen die Gesellschaft auf Strafe verzichten muß, weil die Interessen der schwangeren Frau ganz erheblich betroffen sind. In diesen Zwangslagen soll die Entscheidung zur Abtreibung bei der schwangeren Frau liegen. Die Tötung der Leibesfrucht ist wegen Unzumutbarkeit entschuldbar.

Dieser Verzicht auf Strafe ist jedoch keine öffentliche Billigung im Sinne einer strafrechtlichen Rechtfertigung der Abtreibung.

Eine Gesellschaft, die für sich in Anspruch nimmt, die Abtreibung zu bestrafen, hat die Verpflichtung, bei ungewollter Schwangerschaft Hilfestellung zu gewähren. Der EAK fordert deshalb:

1. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub sollen auf drei Jahre ausgedehnt werden.
2. Die Stiftung „Mutter und Kind“ bedarf einer Haushaltsaufstockung. DM 130 Millionen pro Jahr sind nicht ausreichend. Oft sind die Mittel schon frühzeitig verbraucht.
3. Länder und Gemeinden müssen mehr Mittel bereitstellen, um eine kinderfreundliche Umwelt zu gestalten.
4. Die berufliche Wiedereingliederung von Müttern darf nicht allein auf Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter begrenzt sein.
5. Auf dem freien Wohnungsmarkt werden kinderreiche Familien oder Alleinerziehende diskriminiert. Sozialwohnungen müssen gezielt und in ausreichender Zahl bereitgestellt werden, und mit Landesbaudarlehen können zusätzliche Anreize gesetzt werden, Mietwohnungen speziell für diese Personengruppe zu schaffen.
6. Ganztagskindergärten haben Nachteile, doch für viele Alleinerziehende sind sie unbedingt erforderlich, wenn eine Entscheidung gegen die Abtreibung getroffen werden soll.

7. Die Aufklärung zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften muß verbessert werden. Es müssen Wege gefunden werden, auch die potentiellen „Väter“ in die Verantwortung zu nehmen, denn oftmals ist der Mann die treibende Kraft zum Schwangerschaftsabbruch.
8. Es ist sicherzustellen, daß den Ratsuchenden eine ausreichende Anzahl von Beratungsstellen zur Verfügung steht. Um einen Mißbrauch der Notlagenindikation auszuschließen, fordert der EAK ein Beratungsgesetz, daß sachliche und personelle Qualifikation der Berater sicherstellt. Beratungsstellen dürfen nur dann staatlich anerkannt werden, wenn sie zugunsten des Lebens beraten.

Anmerkung der Redaktion:

Aus drucktechnischen Gründen ist in der letzten Nummer der Evangelischen Verantwortung die Mitteilung entfallen, daß es sich um eine Doppelnummer „August/September 1990“ gehandelt hat.

Bitte teilen Sie uns Ihre Adressenänderungen immer leserlich und vollständig und mit Ihrer Beziehernummer (0100-_____) auf der Etikette) mit.

9. Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie die CDU müssen eine der Aids-Kampagne vergleichbare öffentliche Aktion starten, mit dem Ziel über die Medien in der Bevölkerung:

- a) ein Bewußtsein für das Leben zu schaffen.

Die Entscheidung zur Abtreibung hängt auch mit der Einstellung der Gesellschaft zum ungeborenen Leben, zur Familie mit Kindern und der grundsätzlichen Bewertung des werdenden Lebens zusammen.

- b) ein neues sexuelles Bewußtsein für die Bedeutung von Liebe und Partnerschaft zu schaffen.

Partner, die verantwortungsbewußt miteinander umgehen, werden auch die Fragen der Verhütung und der Schwangerschaft verantwortungsbewußt lösen.

Evangelischer Landeskirchentag vom 23./24. Juni 1990

Marburg. Wir hatten den Stand unter das Thema gestellt „Wir sind ein Volk – Lasten gemeinsam tragen – Freiheit für alle gewinnen“. Zur weiteren Vertiefung des Themas hatte ich markante Worte bekannter Deutscher zur Deutschen Einheit aus der Zeit von 1800 bis 1990 zusammengestellt und die Portraits dieser Personen daneben plaziert. Aufgabe der Besucher des Info-Standes sollte es sein, Personen und Texte zuzuordnen. Auf einer anderen Tafel hatte ich 20 Fragen zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestellt, um ein Meinungsbild der Besucher unseres Standes im Antwort-Wahl-Verfahren zu erfahren. Darauf haben sich zahlreiche Besucher eingeladen.



Dr. Otfried Schellhase betreut den EAK-Stand

Neben einigen Landtagsabgeordneten gab uns als prominenter Gast der hessische Kultusminister **Dr. Christean Wagner** die Ehre eines Besuches. Er führte mit jungen Menschen Gespräche über schulpolitische Fragen.

Dr. Otfried Schellhase,
EAK-Vorsitzender aus Kassel

Evangelischer Arbeitskreis der CDU in Wilhelmshaven neu belebt

Wilhelmshaven. Der Kreisverband Wilhelmshaven der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat seinen Evangelischen Arbeitskreis (EAK) auf Stadtebene in den Sommermonaten neu konstituiert.

Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden **Erich Maaß** übernahm **Wolf-Dietmar Milger** den Vorsitz und führte nach einer Vorbereitungsitzung kürzlich die erste Veranstaltung mit dem Oldenburgischen Landesvorsitzenden des EAK, Herrn **Dr. Jürgen Poeschel**, durch.

Das Thema der ersten öffentlichen Veranstaltung im Ratskeller in Wilhelmshaven war: „Die politische Verantwortung aus der Sicht von Hermann Ehlers“. Der neue Kreisvorsitzende trug zunächst die verbindenden Elemente zwischen evangelischen und katholischen Christen in der Begründung ihrer politischen Verantwortung vor.

Auf die Wahrnehmung der politischen Verantwortung im Sinne von Hermann Ehlers wies

er darauf hin, die CDU/CSU sei eine politische Partei wie andere auch. Sie sei den Gesetzen einer solchen unterworfen. Sie wolle aber unter keinen Umständen darauf verzichten, ihre Programmatik, ihre Zielsetzung und ihre Praxis vor dem Gebot und der Ordnung Gottes zu verantworten.

Das „Christlich“ im Namen der CDU sei ein Bekenntnis und eine Richtschnur für die Mitglieder. Auch der Einzelne dürfe sich trotz seiner Mängel und Sünden Christ nennen. Es gebe keine spezifische Christlichkeit der Politik und auch keine Verchristlichung, sondern nur ein auf Sachkunde beruhendes politisches Handeln aus christlicher Verantwortung heraus.

Erster EAK-Kontakt Slowakei und Österreich

Wien. Anfang September kam es zu einem ersten Kontakt und einem mehrstündigen Arbeitsgespräch zwischen Vertretern des Evangelischen Arbeitskreises der Christdemokraten in der Slowakei und dem EAK der ÖVP. Dabei kamen äußere und innere Schwierigkeiten einer konfessionellen Minderheit in einer politischen Partei zur Sprache, also die Problematik neuer Tendenzen zu einem römisch-katholischen Klerikalismus, wie das Problem einer angemessenen Vertretung der Evangelischen.

In der Slowakei leben heute etwa ebenso viele Protestanten wie in Österreich, also rund 300 000, allerdings in einer Gesamtbevölkerung von rund 5 Millionen. Besser als vieles andere illustriert ein Beispiel die Schwierigkeiten: In manchen Orten werden auch heute noch Parteiversammlungen der Christdemokraten mit einem gemeinsam gebeteten Rosenkranz eröffnet...

Für November vereinbarten Dipl. Ing. **Jan Juras**, der EAK-Vorsitzende der Slowakei und Mag. **Robert Kauer**, Vorsitzender des EAK der ÖVP, ein weiteres Arbeitsgespräch, das dann in Bratislava stattfinden soll.

„Frauen in der Politik“

Dinslaken. Ein gutes Gesprächsklima kennzeichnete den Gesprächsabend, den der Evangelische Arbeitskreis der CDU am Donnerstagabend mit Bundestagskandidatin **Ilse Falk** veranstaltete. Mit großem Engagement und Sachlichkeit wurden auch unterschiedliche Auffassungen vorgetragen und diskutiert.

Ilse Falk schilderte zunächst die geschichtliche Entwicklung und die Situation der in der Politik engagierten Frauen. Sie stünden heute vor erheblichen Aufgaben wie etwa der Verbesserung der Situation der Familien mit Kindern in den verschiedensten Bereichen, der Beseitigung des Begriffs „Nur Hausfrau“ und größere Würdigung ihrer Leistung durch die Gesellschaft. Hier könnten die Frauen allerdings selbst eine Menge beitragen, weitere Verbesserungen

des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Kindererziehung für Frauen, die dies wünschten.

Hier setze sich langsam die Erkenntnis durch, daß gerade diese Frauen durch die Jahre der Kindererziehung an Persönlichkeit gewonnen hätten und vergleichsweise oft verantwortungsbewußter arbeiteten. Nicht der Machterhalt der Männer, sondern Einsicht in die Gegebenheiten und Erfordernisse der Zukunft; nicht „Alibi-frauen“, sondern echte Partnerschaft im Geiste des Grundgesetzes seien die anzustrebenden Ziele für die Zukunft, meinte Ilse Falk zum Abschluß.

Ost-Kirchen lösen die Fesseln Stalins

Maulbronn. Fasziniert und mit großer Anteilnahme werden im Westen die Veränderungen in Osteuropa beachtet. Die Kirchen im Osten traten aus ihrem Schattendasein heraus, sie waren und sind wesentliche Faktoren im laufenden Veränderungsprozeß. Was bedeuten die neuen Möglichkeiten für Kirche und Christen, welche Chancen ergeben sich und welche Gefahren stellen sich ein? Diesen Fragen ging **Dr. Michael Feist** (Karlsruhe) bei einer gut besuchten Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Pforzheim-Enzkreis in Maulbronn nach.

Einleitend gab **Roland Evers**, Vorstandsmitglied des EAK Baden, einen Überblick über die Geschichte des russischen Christentums. Die große Bedeutung des Glaubens im Leben der Menschen und die religiöse Kraft, die vom Glauben ausgegangen ist, bezeichnete er als kennzeichnend für das russische Christentum.

Feist stellte zur heutigen Situation fest, daß sich die Fesseln der Kirchenpolitik Stalins allmählich lösten. Glasnost und Perestroika hätten eine Unruhe erzeugt, die die Kirchen in Ost und West in Bewegung zueinander gebracht haben. Aussiedler und Besucher aus dem Osten seien auf Zuwendung von seiten der Christen mehr angewiesen als auf reibungslose Administration. Abschließend zog Dr. Feist folgendes Fazit: „Die Menschen im Osten müssen ihren Weg finden, nicht unseren übernehmen. Die Kirche ist aufgefordert, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.“

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CD
Post

Aus dem Inhalt:

Erster Parteitag der CDU Deutschlands	1
Aufbruch mit großen Hoffnungen	3
Der geistliche Auftrag der Kirche und seine poli- tischen Auswirkungen	4
Was wird aus dem Sozialismus?	6
Vollendung der Einheit und Freiheit Deutsch- lands in freier Selbstbestimmung	7
Besinnung – Verant- wortung – Dankbar- keit – Freude	8
Der lange Weg zur Kircheneinheit	10
Protestantische Profile: Christine Lieberknecht	12
Leserbriefe	13
Aus unserer Arbeit	14

Einladung zum 2. Deutschland-Forum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

„Ein Volk für den Frieden“

am 27. Oktober 1990, 11–15 Uhr
Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1

- 11.00 Uhr Geistliches Wort
- 11.15 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch den
EAK-Bundesvorsitzenden Peter Hintze,
Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Bonn
Grußwort des EAK-Landesvorsitzenden NRW
Dr. Hans-Ulrich Klose, Landtagsvizepräsident
- 11.30 Uhr **1. Gesprächsrunde:**
Peter Beier, Präses der Evangelischen Kirche
im Rheinland, Düsseldorf
Karl Lamers, MdB, Abrüstungspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Bonn
- 12.00 Uhr **2. Gesprächsrunde:**
Dr. Renate Hellwig, MdB, Bonn
Rainer Eppelmann, Minister für
Abrüstung und Verteidigung a. D., Berlin
- 12.30 Uhr **3. Gesprächsrunde:**
Dr. Gottfried Müller,
Minister für Medienpolitik a. D., Jena
Marcel Kaufmann,
Bundesvorsitzender des Ring Christlich-
Demokratischer Studenten, Bonn
- Moderator der Gesprächsrunden:*
Dr. Klaus Lefringhausen,
Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Bonn
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 13.30 Uhr Plenumsdiskussion
Fragen an die Teilnehmer der Gesprächsrunden
- 15.00 Uhr Schlußwort
Peter Hintze

Anmeldung und Information:

EAK der CDU/CSU
Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn 1 · Tel. 02 28/54 43 05

Unsere Autoren:

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Bundesminister
Lothar de Maizière
Palais Schaumburg
5300 Bonn 1

Landesbischof
Dr. Werner Leich
Dr.-Moritz-Mitzenheim-
Straße 2 a
O-5900 Eisenach

Dr. Hans-Ulrich Klose,
MdB
Geschwister-Scholl-
Straße 10
4052 Korschenbroich

Bundespräsident
Dr. Richard
von Weizsäcker
Bundespräsidialamt
5300 Bonn 1

Bundestagspräsidentin
Prof. Dr. Rita Süßmuth
Bundeshaus
5300 Bonn 1

OKR Dr. Werner
Hofmann
Meiserstraße 11/13
8000 München 2

Christine Lieberknecht
Kirchgasse 50
O-5309 Ramsla/Erfurt